

GEGEN WORTE ALS WARE WAHRE WORTE

Syndikat-A



anarcho-syndikalistischer
Medienvertrieb

- Verlag
- Buchvertrieb
- Zeitschriften
- Tonträger
- Modernes Antiquariat
- Buttons
- Taschenkalender
- Fahnen

Bismarckstr. 41 a

47443 Moers

Telefon: 02841-537316

Fax: 02841-537316

E-Mail: syndikat-a@fau.org

www.syndikat-a.de

„Die neuen Kriege“

Ismail Küpeli - Einige Anmerkungen zu
Kriegslegitimationen des 21. Jahrhunderts

Jürgen Wagner - Intellektuelle Brandstifter:
»Neue Kriege« als Wegbereiter des Euro-Imperialismus

Rudolf Mühland - Einige grundsätzliche Anmerkungen
zu Krieg & Militarismus

kämpfen und lesen



[die andere gewerkschaftszeitung]

Probeheft gratis

c/o FAU Leipzig | Kolonnenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

zu weiten und beständig zu entwickeln und zu verändern. Dem gegenüber finden sich dann alle anderen Einrichtungen/Ideologien, welche die Tendenz haben zu regulieren, zu erstarren, den Status quo zu erhalten und alles abweichende mehr oder weniger offen zu bekämpfen.

22) Der Staat schafft Identität. Die Menschen sollen sich zum Beispiel als „Deutsche“ fühlen, sollen unbeschwert „Stolz sein, deutsch zu sein“. Gleichzeitig schafft der Staat eine Anti-Identität, den Fremden, den Ausländer. Dieser ist mindestens anders (wenn nicht gar weniger „Wert“) als zum Beispiel der Deutsche. Dieser „Andere“ kann dann auch schon mal zum Feind werden & taucht als neuer Hitler, als Völkermörder oder Terrorist auf.

23) Er straft übrigens auch dann wenn der Delinquent oder die Delinquentin gar nicht wusste das er/sie gerade gegen eine „Regel“ verstößt.

24) Ich rede hier nicht einem „du musst alles ertragen“ das Wort. Aber das meiste wird durch Strafe (=Rache) nicht besser. Die Idee der Strafe beruht ja u.a. auf dem Wahlspruch „Wie du mir – So ich dir“ oder anders gesagt „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ Im Zweifel führt das dazu das man selber blind und zahnlos ist, umgeben von lauter zahnlosen blinden.

25) Da es in der BRD keine offene Kriegsteuer gibt, sondern sich der Kriegsetat aus den versteckten Steuern zusammensetzt, ist das keine ganz einfache, aber dennoch durchführbare kollektive Aktion.

26) A.Müller-Lehning. Aus: "I.A.A. 10 Jahre internationaler Klassenkampf / Gedenkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation" / Berlin, 1932

27) Viele Betriebe sind „Mischbetriebe“, d.h. sie produzieren sowohl Kriegsgerät als auch zivile Produkte. Hier ist eine Konversion in diesem Sinne nicht nötig. Andererseits sollte die wir soweit kommen das die Produktion von Kriegsgerät von den Arbeitenden aktiv verweigert wird. Als ein Beispiel für einen solchen „Mischbetrieb“ soll mir die ehemalige Mercedes Benz Lenkung in Düsseldorf dienen. Dort wurden in der Hauptsache Lenkungen für den Maibach, den Sprinter, Busse und LKW hergestellt. Es wurden aber ab und an auch Lenkungen für den Leopard-Panzer hergestellt. Die ArbeiterInnen wussten immer genau wann sie Lenkungen für den Panzer produzierten, zumal diese Schichten mit extra Zulagen belohnt wurden. Hier hätten die ArbeiterInnen sowohl mit den mitteln des Streiks als auch mit den Methoden der Sabotage Sand im Getriebe des Krieges und seiner Vorbereitung sein können.

28) Konkurrenz, Profitstreben und Zwang zur Profitmaximierung

Januar 2007
Druck und Vertrieb:
Syndikat-A
Bismarckstr. 41 a
47443 Moers
Phone/Fax: 02841/537316
Email:syndikat-a@fau.org
www.syndikat-a.de

recht begraben. Angemerkt sei hier dann noch einmal die Rolle der Uniform. In Uniform sehen alle gleich aus, sind ihres persönlichen Erscheinungsbildes beraubt.

10) Walter Moers: Ensel und Krete

11) François Marie Voltaire

12) Nicht zu vergessen die Energie-Industrie oder der Bereich der Public Relations und einige andere Bereiche der Wirtschaft mehr.

13) Rudolf Rocker: „Die oberflächliche Behauptung, daß der Kapitalismus die Ursache aller Kriege sei, erscheint uns heute doch etwas zu einfach, um von denkenden Menschen noch ernst genommen zu werden. Sie ist schon deshalb hinfällig, weil der Krieg nicht nur eine Erscheinung des kapitalistischen Zeitalters ist, sondern in allen Perioden der menschlichen Geschichte vorkam, als von einer kapitalistischen Wirtschaft noch keine Rede sein konnte. Es gibt überhaupt keine Epoche der Geschichte, die den Krieg nicht gekannt hätte, von den Feindseligkeiten halbwilder Völkerstämme um die besten Jagdgründe oder Weideplätze, bis zu den endlosen Kriegen, die nach der Gründung der ersten Staatsgebilde bis heute ihren Fortgang nahmen. Seinen eigentlichen militärischen Charakter erhielt der Krieg erst mit der Entwicklung der ersten Staaten, die durch die Einführung besonderer Armeen den Krieg erst zu einem Mittel der Eroberung machten. In allen Zeiten der bekannten Geschichte wurde der Krieg von Staaten sanktioniert, organisiert und ausgeführt. Seine unmittelbaren Ursachen waren sehr verschieden, wie sie es noch heute sind, obgleich dabei immer machtpolitische Interessen den Ausschlag gaben, was schon in den gegenseitigen Rivalitäten der verschiedenen Staaten begründet war.“

Aus: Rudolf Rocker - Aufsatzsammlung Band 2 1949-1953, Verlag Freie Gesellschaft, 1980

14) B. Traven, Das Totenschiff

15) Dabei spielt es keine Rolle ob die Menschen in Sklaverei, Knechtschaft oder der „Freiheit“ des Kapitalismus gehalten werden um ihre Arbeitskraft aus zu pressen. Dies sind nur verschiedene Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung.

16) Aus: Rudolf Rocker - Aufsatzsammlung Band 2 1949-1953, Verlag Freie Gesellschaft, 1980

17) Ich meine damit wirklich alle Staatsformen und vor allem auch die Idee des Staates, denn diese führt einerseits zwangsläufig zu einer Kultur des Gehorsams und andererseits zu dem Wunsch Staaten zu gründen.

18) Camillo Berneri, zuerst in "Germinal", Chicago, n. 16 vom 1.9.1928

19) Ernst Friedrich

20) Das heißt, nicht das die einzelnen in Ermangelung einer kollektiven, organisierten Aktion darauf verzichten sollen isoliert zu handeln. Vielmehr ist es so, dass isoliertes Handeln einzelner auch der Beginn einer kollektiven, organisierten Bewegung sein kann.

Auch möchte ich an dieser Stelle nicht näher auf den Anarchosyndikalismus eingehen, wenn ich auch meine das der Anarchosyndikalismus die besten Chancen hat diese Gesellschaft zu transformieren.

21) Natürlich sind alle diese Erscheinungen „Kulturerscheinungen“ in dem Sinne das sie spezifische Leistungen des Gattungswesen Mensch sind. Ich benutze den Begriff Kultur hier aber im Sinne von Rudolf Rockers „Nationalismus & Kultur“. Demnach hat Kultur die Tendenz sich aus

Inhalt:

Vorbemerkung oder Wie lässt sich Krieg denken? 5

Text I

Ismail Küpeli

Einige Anmerkungen zu Kriegslegitimationen des 21. Jahrhunderts

Einleitung 7

„Die neuen Kriege“:

Aufbau und Argumentationslinie Münklers 9

Der Dreißigjährige Krieg

Die Verstaatlichung des Krieges

Die Neuen Kriege

Das „Dilemma des Westens“

„Alte Kriege“ vs. „neue Kriege“? 17

„Staat und Gewaltzustand“ in Kolumbien 20

Die Konstruktion der „neuen Kriege“ als Kriegslegitimation

Anhang 23

Fußnoten

Literatur

Text II

Jürgen Wagner - Intellektuelle Brandstifter:

»Neue Kriege« als Wegbereiter des Euro-Imperialismus

Befunde 28

Staatenkrieg als Auslaufmodell

Privatisierung und Entpolitisierung

Die Barbarisierung der Gewalt

Die Ursachen der »Neuen Kriege« 31

Gewandelte Finanzierungsformen	
Ethnisch-kulturell-religiöse Konfliktursachen	
Abwesenheit »robuster Staatlichkeit«	
Krieg als moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ	32
Krieg als militärischer Humanismus	
Krieg als sicherheitspolitischer Imperativ	
Logische Konsequenz einer verquerten Theorie:	
Europas Imperium	33
Die Kolonialtruppen des EU-Imperiums	34
Inhaltlich fragwürdig – politisch gefährlich:	
Zur Kritik der »Neuen Kriege«	35
Die "Neuen Kriege"	
als moralische und sicherheitspolitische Bankrotterklärung	37
Selektivität:	
Die "Neuen Kriege" als Steigbügelhalter europäischer Interessenspolitik	
Neoliberaler (Un) Sicherheitsexport und die Fehlallokation von Ressource	
Rekrutierungshilfe für Terrororganisationen	
Fußnoten	43

Text III

Rudolf Mühland -

Einige grundsätzliche Anmerkungen zu Krieg und Militarismus

Die Anwesenheit von Soldaten ist immer verdächtig.	46
„Der Soldat ist ein berufsmäßiger Menschenschlächter.“	
„Alle Kriege sind nur Raubzüge.“	
„...der Staat kennt keine Moral. Er mordet, wenn er es für gut befindet, er stiehlt, wenn er es für gut befindet,...“	
„Gemetzelt, Plünderungen, Vergewaltigungen, darin besteht der Krieg!“	
Resümee	
Fußnoten	53

Vorraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen Krieg und Militarismus ist nicht nur die Schaffung einer neuen Kultur, sondern auch die aktive Organisation kollektiver Widerstandsformen welche sowohl lange vor offenen kriegerischen Handlungen als auch akut zu Beginn und während eben dieser in der Lage sind die Führung eines Krieges zu behindern und sogar ganz unmöglich zu machen. Die Formen des Widerstandes werden vielfältig sein und sowohl im zivilen Bereich, im militärischen Komplex als auch im Wirtschaftssektor entwickelt werden müssen.

Fußnoten

- 1) B. Traven: Regierung
- 2) Etwas das sich hier in aller Deutlichkeit tun möchte!
- 3) Oft ohne einen all zu großen Unterschied zwischen denjenigen zu machen welche die Menschen in den Krieg schicken und denjenigen welchen diesem Befehl folge leisten.
- 4) Emma Goldman
- 5) Da der Anteil der Frauen an den Armeen der Welt sehr gering ist, schreibe ich im folgendem nur noch über Soldaten. Ich bitte die Leserschaft nicht zu vergessen das auch Frauen in diversen Positionen in den Armeen tätig sind. Die „Frau“ an sich ist also nicht antimilitaristischer als der „Mann“ an sich. Sie wird nur bisher weitestgehend von den Männern aus dem Handwerk der systematischen Menschenschlächtere herausgehalten. Das Militär ist eine sehr patriarchalische Einrichtung. Vergewaltigungen, auch in „Friedenszeiten“ sind nicht selten. Selbstmorde von Soldatinnen wegen fortgesetzter sexualisierter Gewalt kommen ebenso vor wie spektakuläre Fälle von durch Frauen durchgeführter Folter. Das Verhältnis Militär – Patriarchat – Frauen – Männer verdient eigene Untersuchungen.
- 6) Emma Goldman „Was ich denke“
- 7) Alle Formen des Gehorsams stehen jedem freiheitlichem Denken diametral gegenüber. Alle freiheitlichen und aufklärerischen Ideen gehen davon aus das die konkreten Menschen für ihre Handlungen selbst verantwortlich sind und selbst die großen esoterischen Vereine (Juden, Christen, Moslems, ...) gehen einerseits von der Wahlfreiheit des Menschen aus und unterstellen ihm andererseits dem „höchsten“ Gericht, wo dann individuell ein Urteil gefällt wird.
- 8) Für abweichendes Verhalten des Einzelnen wird die Gruppe/Einheit bestraft, diese wiederum setzt den Einzelnen unter Druck
- 9) das bedeutet nicht das das physische Gesicht des „Feindes“ nicht bei jeder Gelegenheit gezeigt wird. Aber das was den Menschen ausmacht, seine liebevollen Gefühle, Hoffnungen, Ängste und was einem Menschen sonst noch „Gesicht“ verleiht, wird unter dem dämonischen (usw.) regel-

kommen wird, so stellt dies doch eine Handlungsoption dar.

Kriege sind ohne industrielle Vorbereitung nicht denkbar. Darum sollten alle die gegen den Krieg sind auch im industriellen Sektor ansetzen.

„Die Verhinderung der Herstellung von Heeresgut, die Verweigerung von Kriegstransporten, die Kontrolle und Vorbereitung der Sabotage in den Friedensindustrien wie Farbenfabriken usw., die im Kriegsfall sofort zur Kriegsproduktion umgewandelt werden, müssen durchgeführt werden....“²⁶⁾

Schon 1919 forderte R. Rocker die Rüstungsarbeiter²⁷⁾ auf, keine Kriegswaffen mehr zu produzieren. Diese Aufforderung ist noch heute aktuell. Auf den Einwand das die ArbeiterInnen doch nur „Werkzeug“ der Kapitalisten seien antwortete 1922 Max Nettlau das es einem Menschen unwürdig sei, seinem Mitmenschen Schaden zuzufügen, nur weil es von ihm verlangt würde und A. Lehning führte später aus, dass Streiks unter dem Zeichen des "verantwortlichen Produzierens" die Moral der ArbeiterInnen stärker fördern würde als alle denkbare Propaganda und natürlich müsse man auch über die konkreten Möglichkeiten der Umwandlung der Rüstungsindustrie in zivile Produktion (Konversion) diskutieren. Anzumerken bleibt noch das die Angst vor Arbeitslosigkeit ebenfalls keine Entschuldigung sein kann. Vielmehr ist diese Angst Ausdruck einer spezifischen Kultur die es zu überwinden gilt. Als Mut machendes Beispiel möchte ich die Unione Sindacale Italiana (USI-IAA) erwähnen. Sie hat in den vergangenen Jahren zusammen mit anderen Basisgewerkschaften schon zweimal erfolgreich eintägige Generalstreiks gegen die Kriegsbeteiligung Italiens durchgeführt.

Resümee

Zusammenfassend möchte ich noch einmal festhalten: Militarismus und Krieg sind einerseits in der Logik des Kapitalismus angelegt²⁸⁾ und andererseits das direkte Produkt jeder Staatlichkeit.²⁹⁾ Beide, Staat und Kapitalismus, führen bzw. basieren auf einem Verfall der Kultur, bzw. dem Entstehen einer ganzen Reihe vielschichtiger anti-kultureller Phänomene.

Der Kampf gegen Militarismus und Krieg darf sich nicht nur auf die äußere Form beschränken, sondern muss sich gegen die Ursachen wenden. Das heißt wer konsequent gegen Krieg und Militarismus ist, muss auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und die Staatlichkeit sein.

Vorbemerkung oder „Wie lässt sich Krieg denken?“

Wir erleben immer wieder, wie Kriege als legitim, ja sogar als notwendig dargestellt werden. Die Gründe sind vielfältig – und nicht immer einfach zu durchschauen.

So wurde der Kosovo-Krieg 1999 geführt, um angeblich einen Genozid an den Kosovo-Albanern durch Serbien zu verhindern. Der damalige deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping sprach über „serbische KZs“, und so war es nur konsequent, dass der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer mit der Phrase „Nie wieder Auschwitz“ die deutsche Beteiligung an diesem Krieg legitimierte.

Zwei Jahre später wurde der Afghanistan-Krieg geführt, um angeblich Terror zu bekämpfen und Sicherheit zu schaffen. Die Legitimierung für die deutsche Beteiligung lieferte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck mit dem Satz „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“.

In beiden Fällen wird der Krieg umdefiniert. Der Krieg ist im ersten Fall bewaffnete humanitäre Hilfe, im zweiten Fall eine Sicherheitsmaßnahme.

Neben der Legitimierung von einzelnen konkreten Kriegen muss als Teil der geistigen Mobilmachung auch der Krieg als solcher denkbar gemacht werden. Es muss gesagt und geschrieben werden wofür ein Krieg prinzipiell nötig ist.

Diese Denkbarmachung des Krieges läuft – vielfach unbeachtet von Kriegsgegnern – im wissenschaftlichen Diskursen der Universitäten und Think-Tanks. Politikwissenschaftler entwerfen Thesen, Theorien und Prognosen. Sie liefern Gefahreinschätzungen für die Politiker, die darauf aufbauend Entscheidungen treffen.

Während die konkreten Kriegslegitimierungen – so etwa zuletzt die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen als Legitimation für den Irak-Krieg 2003 – analysiert und kritisiert werden, bleibt die politikwissenschaftliche Ebene unterbelichtet. Vielfach streiten sich Kriegsbeifürworter und Kriegsgegner zwar über die Notwendigkeit und Durchführung von einzelnen Kriegen, aber um die Beurteilung von Kriegstheorien wird kaum gestritten. Die Frage wäre, ob dies nicht eine Fehleinschätzung der Bedeutung von kriegslegitimierenden Thesen und Theorien ist?

Die beiden vorliegenden Texte „Intellektuelle Brandstifter: ‚Neue Kriege‘ als

Wegbereiter des Euro-Imperialismus“ und „Die neuen Kriege – einige Anmerkungen zu Kriegslegitimationen des 21. Jahrhunderts“ versuchen eine Kritik der wissenschaftlichen Denkbarmachung des Krieges zu formulieren. Der Fokus liegt dabei auf den „neuen Kriegen“ als eine der wichtigsten Theorien in diesem Bereich in den letzten Jahren. Neben der kriegslegitimierenden Funktion dieser Theorie wird auch die durchaus fragwürdige wissenschaftliche Basis beleuchtet.

kann. Der isolierten Aktion des einzelnen Menschen möchte ich mich nicht näher widmen, da ich glaube das am Ende nur kollektive und organisierte Aktionen einigen Erfolg versprechen.²⁰⁾

Da einige Ursachen des Krieges antikultureller²¹⁾ Natur sind, müssen wir ihnen eine neue Kultur entgegensetzen. Es ist also notwendig der kapitalistischen Anti-Kultur des Eigentumsfetisch, dem Irrsinn der Konkurrenz und dem Wahn des Profiten und seiner permanenten Steigerung eine Kultur der gegenseitigen Hilfe, der Teilhabe, der Kooperation und der Bedürfnisbefriedigung entgegensetzen. Der Anti-Kultur staatlichen Denkens sollten wir eine Kultur entgegensetzen die auf Identitätspolitik²²⁾ verzichtet und die Menschen in ihrer konkreten Einmaligkeit annimmt. Der Staat ist aber auch Träger der Anti-Kultur des Gehorsams und der Bestrafung²³⁾ zum Zwecke der Unterwerfung unter die von ihm selbst produzierten Gesetze.

Dem sollten wir eine Kultur des Ungehorsams und Verzeihens bzw. des Ausgleichs und der Wiedergutmachung entgegensetzen.²⁴⁾ Angst vor der dem Fremden, unserer Verantwortungslosigkeit dem täglichen geschehen gegenüber können wir eine Kultur der Neugier und der Verantwortlichkeit für unser (kollektives) Handeln gegenüberstellen. Rassismus, Sexismus und Religion wurden und werden dazu gebraucht um Menschen gegeneinander auf zu hetzen. Darum müssen wir unter anderem auch diesen Ideologie eigene Ideen entgegensetzen. Zum Beispiel die Idee der Gleichheit der Menschen, unabhängig, vom Geschlecht, der Farbe der Haut, dem Alter oder was es sonst noch so gibt. Die Religion muss mindestens in den Bereich des Individuums zurück gedrängt werden. Besser wäre die Überwindung jedweder Form der Religion, da selbst die „tolerantesten“ Religionen noch immer zu Dogmatismus geführt haben und weil Religionen schon immer die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen durch den Menschen rechtfertigten.

Üben wir uns in einer konkreten Kultur des Widerstandes. Fangen wir schon jetzt an Ungehorsam zu organisieren. Dieser Ungehorsam kann sich darin äußern das wir massenhaft alle Kriegsdienste (egal ob mit oder ohne Waffe in Uniform oder Zivil) verweigern oder die Kriegsteuern boykottieren.²⁵⁾ Neben dem gemeinen Wehrpflichtigen, dem man zur Totalverweigerung aufrufen sollte, muss auch der Berufssoldat mit aufklärerischen Informationen erreicht werden. Wenn es auch sicherlich nicht zu schnellen, positiven Reaktionen

antworten. Ich werde diese Frage sicher auch nicht erschöpfend klären können. Allerdings möchte ich einige „sachdienliche Hinweise“ geben. Vielleicht können sie helfen eine gezielte Agitation bei den Soldaten zu entwickeln.

In Staaten ohne Wehrpflicht (zum Beispiel USA, Großbritannien) ist sicherlich die allgemeine ökonomische Situation ein Argument für junge Menschen zum Militär zu gehen. Das Militär verspricht eine Ausbildung und einen regelmäßigen Sold. Bei anderen fällt sicherlich religiöse Propaganda auf fruchtbaren Boden, wie wir an den diversen Gotteskriegerern sehen können. Eine bestimmte Form der Idee von Frauenemanzipation kann eine Motivation sein. In Deutschland ist es sicherlich eine Mischung aus militärischer Normalität (Männer müssen halt Kriegsdienst mit oder ohne Waffen leisten) und den diversen Propagandaaktionen der letzten Jahre.

Was den potentiellen Soldaten und Soldatinnen aber immer verschwiegen wird ist die Tatsache das sie selbst zu Opfern werden können. Selbstmorde sind in den Armeen dieser Welt an der Tagesordnung, ebenso wie Demütigungen und Vergewaltigungen. Nicht zu vergessen das Soldaten die in den Kampf geschickt werden und tatsächlich töten oft ernsthafte psychische und soziale Probleme bekommen. Ihre Leben sind oft ruiniert und nur um den Preis der sozialen Isolation und Verdrängung des Erlebten zu bewältigen.

Darum muss der Kampf gegen Krieg und Militarismus nicht nur auch ein Kampf gegen den Kapitalismus sein, sondern auch immer ein Kampf gegen den Staat.¹⁷⁾ Dabei sollten wir nicht vergessen eine rege subversive und aufklärerische Agitation unter den Wehrpflichtigen, den potentiellen Freiwilligen und den „dienenden Soldaten“ zu entwickeln.

„Gemetzelt, Plünderungen, Vergewaltigungen, darin besteht der Krieg!“¹⁸⁾ Der „Krieg dem Kriege“¹⁹⁾ beginnt schon vor dem Krieg. Er fängt an bei der Vorstellung einer Gesellschaft die nicht nur ohne Kriege auskommt, sondern aktiv versucht alle Ursachen von Kriegen aus zu schalten und nicht wieder entstehen zu lassen. Eine solche Gesellschaft kann meiner Meinung nach nur eine sein die auf der Selbstbewussten Verantwortung, der Selbstorganisation in allen Lebensbereichen, der gegenseitigen Hilfe, der Neugier, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts beruhen kann.

Ich möchte hier nun einige Anregungen geben, wie dieser Kampf aussehen

"Herfried Münkler hat früh begriffen, dass es den traditionellen Krieg nicht mehr gibt. Seine Thesen machten den Historiker zum wichtigen Berater von Generälen und Politikern." (Die Zeit, 30.10.2003)

Einleitung

In den aktuellen politischen Debatten kursieren drei Legitimationsmuster für offene militärische Interventionen von europäischen Staaten und den USA.

Das erste ist die „humanitäre Katastrophe“. Kennzeichnend hierfür ist eine Argumentation, die Opfer konstruiert, an diesen Opfern ausgeübte Gewalt medialisiert, weitere Gewalt prophezeit und anschließend die Verantwortung, diese Gewalt unterbinden zu müssen, betont. Exemplarisch hierfür ist der Kosovo-Krieg, dessen Legitimierung mit dem „Racak-Massaker“ begann. Am 16.1.1999 erklärte der OSZE-Missionsleiter in Kosovo William Walker, dass im Dorf Racak 44 Zivilisten durch serbische Polizisten hingerichtet wurden. Der Vorfall wurde zum Massaker erklärt. Später jedoch wurden Zweifel an dieser Darstellung laut: „Hochrangigen europäischen OSZE-Vertretern [...] liegen Erkenntnisse vor, wonach die am 16. Januar im Kosovo-Dorf Racak gefundenen 45 Albaner nicht [...] während eines serbischen Massakers an Zivilisten starben. Intern, so heißt es bei der OSZE, gehe man längst von einer „Inszenierung durch die albanische Seite“ aus.“ (Berliner Zeitung, 12.9.1999). Der Definition des Vorfalls in Racak als serbisches Massaker folgte am 7.4.1999 die Rede des deutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping, in der er mit dem sog. „Hufeisen-Plan“¹⁾ angebliche Genozid-Pläne der jugoslawischen Regierung publizierte. Davor hatte Scharping bereits die Existenz serbischer KZs behauptet. Rudolf Scharping sagte am 28.03.1999: „Viel wichtiger ist die Frage was geschieht jetzt im Kosovo: Wenn ich höre, dass im Norden von Pristina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, dass man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, [...], dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen“, zitiert aus dem Dokumentarfilm „Es begann mit einer Lüge“ (2001). In dem Dokumentarfilm widersprechen Augenzeugen aus Pristina der Darstellung von Scharping anschließend. In einem

weiteren Schritt begründete der deutsche Außenminister Joschka Fischer mit „Nie wieder Auschwitz“ die deutsche Beteiligung an diesem Krieg.

Ein weiteres Legitimationsmuster ist die Forderung nach der „Herstellung von Sicherheit“. Die Anschläge vom 11.9.2001 in den USA und die Festlegung auf „Al Kaida“ als Täter war der Hintergrund für den Afghanistan-Krieg. Dieser begann am 7.10.2001 durch US-Luftangriffe – also knapp einen Monat nach 9/11. Den Luftangriffen folgten Bodenangriffe und Besetzungen von wichtigen Städten durch die Nordallianz-Milizen und die Stationierung von internationalen Truppen in Kabul im Rahmen der International Security Assistance Force (ISAF). Zur Legitimation des Krieges wurde Afghanistan zur Hauptbasis der „Al Kaida“ erklärt. Und damit begann eine Intervention, die von den Akteuren als Sicherheitsmaßnahme, als Polizeimaßnahme, ja als Razzia deklariert wurde. Prominent wurde hier ein Zitat von Verteidigungsminister Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“²⁾, was auf die Vorstellungen der politisch Verantwortlichen für diesen Krieg hinweist.

Und schließlich existiert ein weiteres Legitimationsmuster. Es handelt sich dabei um die These von den „neuen Kriegen“. Der bekannteste Vertreter dieser These in der deutschen Öffentlichkeit ist Herfried Münkler. Sein Buch von 2002, „Die neuen Kriege“ erschien ebenfalls bei der „Bundeszentrale für politische Bildung“, was darauf hinweist, dass ihm Relevanz für die politische Bildung der deutschen Bürger zugesprochen wird. Die Rede von den „neuen Kriegen“ wurde publik, Münkler selbst schrieb zahlreiche Artikel und einige Bücher, in denen die These von „neuen Kriegen“ fortgeführt wurde.³⁾

Im Zentrum der Betrachtung der vorliegenden Arbeit liegt das Buch „Die neuen Kriege“. Zuerst soll deswegen die Argumentationslinie in „Die neuen Kriege“ dargestellt werden.

Es folgt eine genauere Betrachtung der wissenschaftlichen Methoden und der Empirie⁴⁾, die Münklers Annahmen über „neue Kriege“ begründen würden. Dies beinhaltet auch eine Diskussion über Defizite und Widersprüche im Rahmen der Münklerschen Argumentation.

Anschließend soll ein Ansatz aus der Friedens- und Konfliktforschung vorgestellt werden, der versucht, der These von den „neuen Kriegen“ und ihren politischen Implikationen zu widersprechen. Der Artikel von Raul Zelik „Staat und

Krieg auch immer ein Kampf gegen den Kapitalismus (egal in welcher Form, privat- oder staatskapitalistisch) sein. Und noch mehr, es muss ein Kampf gegen jede Wirtschaftsform sein die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht.

„...der Staat kennt keine Moral. Er mordet, wenn er es für gut befindet, er stiehlt, wenn er es für gut befindet...“¹⁴⁾

Wer aber kauft die Waffen, organisiert, erklärt den Krieg (für rechtmäßig) und führt den Krieg? Es ist immer der Staat oder eine Organisation die einen Staat gründen möchte. Die Staatsidee ist der Kriegstreibende Motor. Untrennbar mit der Staatsidee verbunden ist die Idee der Herrschaft nach innen und außen, ebenso wie die Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe.¹⁵⁾ Die Konkurrenz der Staaten untereinander um Macht, Einfluss und Reichtum führt zwangsläufig zu Konflikten. Krieg und Militär sind da ganz normale Mittel um die Staatsräson durch zu setzten.

Dabei spielt es keine Rolle ob es sich bei dem konkreten Krieg um einen Krieg zwischen zwei schon bestehenden Staaten handelt. Der Bürgerkrieg zum Beispiel ist doch nur ein Krieg um die Herrschaft innerhalb eines schon bestehenden Staates. Bandenkriege drehen sich auch um ökonomische Ursachen (zum Beispiel die Kontrolle des Drogenhandels in einem Viertel) und verbinden diese, ganz wie real existierende Staaten mit territorialen Ansprüchen. Die Kolonialkriege der Vergangenheit und Gegenwart bilden hier auch keine Ausnahme. Sie alle haben oder hatten das Ziel eigene Staaten zu Gründen. Ob die Propaganda religiös oder als Befreiungskampf verbrämt ist oder ob der Kampf als Guerillakrieg geführt wird spielt dabei keine Rolle. Ziel ist jedes Mal die Gründung eines Staates, d.h. die Kontrolle über ein wohl definiertes Territorium. Innerhalb dieses Gebietes sollen die Rohstoffe und die Menschen nach den Regeln und zum nutzen der zur Herrschaft strebenden Klasse ausgebeutet werden.

„Natürlich wäre auch der Staat nie imstande gewesen, die Menschen für den Krieg zu gewinnen, wenn es ihm nicht stets gelungen wäre, in allen Schichten der Bevölkerung Anhänger für seine Pläne zu finden, die sich entweder durch falsche Vorspiegelungen betören ließen oder aus eigenem Antrieb seinen Absichten entgegenkamen.“¹⁶⁾

Rocker stellt die Wichtige Frage nach der Motivation ohne sie genauer zu be-

beruht, sondern das „persönliche Versagen Einzelner“.

Ich möchte es vorerst bei diesen Punkten belassen und mich nun der Frage zuwenden: Wer hat eigentlich einen Nutzen von Militarismus und Krieg?

„Alle Kriege sind nur Raubzüge.“¹¹⁾

Wer behaupten wollte das der Krieg eine Erfindung des Kapitalismus ist müsste zurecht gewiesen werden. Aber, Krieg hat immer einen ökonomischen Hintergrund.

Dabei spielt es keine Rolle welches ökonomische System gerade historisch zum tragen kam.

Sklavenhaltergesellschaften (zum Beispiel Griechen, Römer, Azteken...) führten Kriege um Land, Rohstoffe und Sklaven ebenso wie Feudalgesellschaften (zum Beispiel Niederlande, Spanien, Russland, China, ...) Kriege um Land, Rohstoffe und tributpflichtige Vasallen führten. Die modernen Nationalstaaten (zum Beispiel USA, Deutschland, Japan,...) führten und führen Kriege um Rohstoffe, Arbeitskräfte und Märkte. Die Formen der Konkreten Unterwerfung und Ausbeutung mögen sich ändern, aber das ändert nichts an der Tatsache der Unterwerfung und der Ausbeutung.

Es ist absolut unleugbar das es noch in jedem Krieg ökonomische Gewinner gab und das es eben auch immer darum ging. In unserer Zeit sind dies vor allem die Firmen der „Sicherheits- und Rüstungsindustrie“.¹²⁾ Diese haben ein ausgesprochenes Interesse am Militarismus und auch am Krieg. Beides verschafft ihnen direkte Profite. Und hier kommt der Kapitalismus als eine bestimmte Wirtschaftsform wieder ins Spiel.¹³⁾ Die Idee des Profiten und der Profitmaximierung sind für den Kapitalismus konstitutiv, ebenso wie die Idee der Konkurrenz anstelle der Kooperation. Auch wenn in neuester Zeit die Kooperation als Schlagwort entdeckt zu werden scheint. Im Kapitalismus geht es dabei doch nur um die Kooperation innerhalb von sich konstituierenden

Gruppen mit dem Zweck besser gegen andere Gruppen konkurrieren zu können. In der Logik des Kapitalismus ist nichts verwerfliches daran Profit zu machen, den Profit permanent zu maximieren und mit allen und jedem zu konkurrieren. Wenn Krieg also nicht Zwangsläufig im Interesse des Kapitalismus liegt, so wird er aufgrund der inneren Logik immer befördert, und sei es nur durch bestimmte Segmente der Wirtschaft. Darum muss der Kampf gegen den

Gewaltzustand“ wird in diesem Zusammenhang als Fallanalyse dargestellt, zum einen um die politischen Implikationen von Münkler darzustellen und zu kritisieren und zum anderen um am Beispiel Kolumbien zu prüfen, ob die Darstellung von den „neuen Kriegen“ zutrifft.

Die Anschläge vom 11.9.2001, der darauf folgende Afghanistan-Krieg und schließlich der bevorstehende Krieg gegen den Irak im März 2003 bilden den zeitlichen Hintergrund für „Die neuen Kriege“ von Herfried Münkler.

„Die neuen Kriege“: Aufbau und Argumentationslinie Münklers

Die beiden zentralen Begriffe für die Definition der „neuen Kriege“ sind „Entstaatlichung“⁵⁾ und „Asymmetrisierung“ des Krieges.

Unter „Entstaatlichung“ ist der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols zu verstehen. Sie ist die Folge des Scheiterns von Staatsbildungsprozessen, das am „Mangel an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten“ (Münkler 2002: 16) in den jeweiligen Ländern der „Dritten Welt“ liegt.⁶⁾ Die „neuen Kriege“ sind nach Münkler Staatszerfallskriege und keine Staatsbildungskriege, wie etwa der Unabhängigkeitskrieg der USA gegen das British Empire. Das liege daran, dass die „neuen Kriege“, im Gegensatz zu dem Beispiel der USA, nicht unter „quasi-klinischen Bedingungen“ (Münkler 2002: 18) ablaufen, sondern externen Einflüssen (Globalisierung, politische Interventionen) ausgesetzt sind.⁷⁾ Durch den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols würden private Gewaltakteure an seine Stelle treten, die sich über die Schattenglobalisierung, d.h. durch den (illegalen) Handel mit Bodenschätzen und Drogen, und die finanzielle Unterstützung durch Emigrantengemeinden in der „Ersten Welt“ finanzieren würden.

Asymmetrie kennzeichnet bei Münkler zuallererst die militärische Überlegenheit der USA. Kein Staat der Welt könne einen symmetrischen Krieg gegen die USA gewinnen (Münkler 2002: 49). Akteure könnten aber auf diese asymmetrische Konstellation mit asymmetrischen Strategien antworten; mit Partisanenkrieg oder Terrorismus. Der Partisanenkrieg vermeide die offene Schlacht mit dem Gegner. Die Strategie der Partisanen sei die Erhöhung der Kosten des Krieges für den Gegner, so dass dieser den Krieg beenden will. Beim Terrorismus würde das Prinzip „Erhöhung der Kosten für den Gegner“ noch durch den medialen Druck ergänzt, der den Gegner dazu bewegen soll, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, so etwa den Abzug von Truppen. Dadurch gebe es in den „neuen Kriege“ keine Entscheidungsschlacht und damit würden auch die Begrenzungen zwischen Krieg und Frieden, Front und Hinterland fallen (Münkler 2002: 25-27). Weil aber nach Münkler die „neuen Kriege“ im Gegensatz zum klassischen Partisanenkrieg von privaten Akteuren geführt werden, fehlt der Schritt vom Partisanenkrieg über den Aufbau regulärer Truppen zur militärischen Entscheidung des Krieges durch die Entscheidungsschlacht,

diesem auch noch die Schande des Kadavergehorsams hinzu. Der amerikanische General Funston bemerkte einmal gegenüber der New York Evening Post das: "Die erste Pflicht eines jeden Offiziers oder eines jeden gewöhnlichen Soldaten liegt im bedingungslosen Gehorsam und in der bedingungslosen Treue der Regierung gegenüber, welcher er Ergebenheit geschworen hat; gleich ob er diese Regierung anerkennt oder nicht."⁶⁾

Der Aspekt des Kadavergehorsams⁷⁾ darf nicht unterschätzt werden. Selbst in den Armeen der demokratischen Länder des Westens wird der Soldat auf einen Befehlsempfänger reduziert. Unterstrichen wird die Unterwerfung unter die Autorität noch durch Männerbündelei und einen militaristischen Korpsgeist. Beides gibt dem Einzelnen Halt, im Sinne einer klaren Platzanweisung innerhalb der Hierarchie und erhöht den Druck der Autorität auf den Einzelnen.⁸⁾ Nicht zu vergessen die Uniformierung. Einerseits natürlich Teil einer klaren Hierarchisierung, andererseits Mittel zur Entmenschlichung, zur Vermassung des Individuums.

Es bleibt aber nicht bei der Uniformierung und der Einübung von Befehl und bedingungslosem Gehorsam. Vor jedem Krieg muss ein Feind erschaffen werden. Unabdingbar ist es diesem Feind jedes menschliche Sein ab zu sprechen. Der Feind wird gesichtslos⁹⁾, zur Masse, zum Tier, zur Bestie, zum sexuellen Monster, zum Ungeziefer zum „Bösen“ schlecht hin. Die „eigenen“ Soldaten, diese gedungenen Mörder, werden zu Helden, Märtyrern, zur Waffe Gottes. Die „eigene Sache“ zur einzig wahren, guten und schönen verklärt.

Die gesamte Gesellschaft wird auf den Krieg ausgerichtet. Eine mehr oder weniger unverhohlene Propaganda greift schon lange vor der bewaffneten Auseinandersetzung um sich. Dabei sind: „Ordnungsliebe, saubere Straßen, Uniformen, Blasmusik? Das sind doch alles Merkmale politisch zweifelhafter Ideen, ängstlich bemäntelt mit nationalkonservativem Gehabe. Es war immer schon das Erkennungszeichen reaktionärer Politik, wenn ihre Repräsentanten die Wald- und Wiesenfreunde markieren.“¹⁰⁾

So genannte „Entgleisungen“ der „eigenen“ Soldaten werden nur all zu häufig komplett zensiert, verdrängt oder als „Einzelfälle“ dargestellt. Es ist eben nicht „der Soldat“, der raubt, plündert, vergewaltigt oder Leichen schändet. Dies alles ist angeblich nicht der Ausdruck des militaristischen Geistes, eines Geistes der auf Kampf, eigene Überlegenheit und der Unterwerfung anderer

Rudolf Mühland

Krieg - einige grundsätzliche Anmerkungen

Die Anwesenheit von Soldaten ist immer verdächtig. ¹⁾

Als ich gebeten wurde ein paar Worte zum Thema „Krieg“ aus anarchosyndikalistischer Sicht bei zu steuern habe ich diese Aufgabe gerne übernommen. Sehr schnell wurde mir klar das es verschiedene Möglichkeit gab sich dem Thema zu nähern. Einerseits war da der moralische Anspruch, der sich noch immer am besten in den alttestamentarischen Worten „Du sollst nicht töten“ zusammenfassen lässt. Dieser moralische Anspruch kann sich jedoch nur an den einzelnen wenden und ihn zur Desertation ²⁾ aufrufen. Allerdings vergessen diejenigen die sich moralisch gegen den Krieg erklären oft sich die Frage nach den Ursachen des Krieges zu stellen, oder sehen diese nur im moralischen versagen der beteiligten. ³⁾ Was aber sind die Ursachen des Krieges? Um einer möglichen Antwort nahe zu kommen, müssen wir uns mit der Erscheinung des Militarismus ebenso auseinandersetzen wie mit der Idee des Staates und der Wirtschaftsform. Die Tatsache das Kriege von Menschen geführt werden darf an dieser Stelle nicht unterschlagen. Sie erteilen und vor allem sie befolgen Befehle. Was aber motiviert einen ehemaligen Schüler oder eine ehemalige Schülerin im Alter von 18, 19 oder 20 Jahren zum Militär zu gehen? Der Platz in einer Broschüre ist immer sehr begrenzt. Ich hoffe das die Leserschaft diesem Umstand Rechnung trägt und vieles, von dem ich hier nur grobe Ränder zeichnen kann, nicht als all zu vereinfachend ablehnt, sondern meine Einladung, sich auch jenseits dieser Broschüre mit den Themen auseinander zu setzen, annimmt.

„Der Soldat ist ein berufsmäßiger Menschenschlächter.“ ⁴⁾

Zum Thema Militarismus sind viele gute Bücher erschienen. Ich möchte hier nur auf einige, mir wichtige, Kerngedanken eingehen. Entscheidend scheint mir zu sein, das die Angehörigen aller Armeen , die Soldaten und zum geringen Teil auch Soldatinnen, ⁵⁾ dazu ausgebildet werden kaltblütig andere Menschen ab zu schlachten. Dabei begehen die Soldaten nicht nur das verbrechen des Mordes, ich wüsste nicht wie ich das anders nennen sollte, sondern fügen

wie es noch bei Mao Tsetungs Partisanendoktrin der Fall sei. Die Gewalt diene so nur zur Selbsterhaltung der Akteure; der Krieg ernähre sich selbst (Münkler 2002: 33).

Im ersten Kapitel „Was ist neu an den neuen Kriegen“ werden diese beiden Begriffe eingeführt. Es folgt eine Darstellung des Dreißigjährigen Krieges. Hier ist der Staat noch nicht der Gewaltmonopolist, während er in den „neuen Kriegen“ nicht mehr der Gewaltmonopolist ist (Münkler 2002: 88).

Der Dreißigjährige Krieg

Der Dreißigjährige Krieg wurde in der Darstellung Münklers zunächst mit dem Ziel der „wirtschaftlichen Erschöpfung des Gegners“ (Münkler 2002: 76) geführt, weil die militärischen Mittel fehlten, Burgen und Städte zu erobern. So wurden „Verwüstungsfeldzüge“ (Münkler 2002: 76) geführt. Die fehlenden staatlichen finanziellen Mittel hätten auch dazu geführt, dass der Krieg sich selbst ernähren musste, d.h. der Sold der Soldaten wurde durch Plünderungen sichergestellt. Zunächst waren die Plünderungen organisiert, bald schlugen sie aber um in „regellose Raubzüge“ (Münkler 2002: 78). Es folgten „private Gewaltunternehmer“, die daran interessiert waren, dass der Krieg fortgeführt wird. So wurde die Beendigung des Krieges erschwert und die politische Kontrolle untergraben.

Die Verstaatlichung des Krieges

Die Rückführung des Krieges in die Hände des Staates folgte in der Darstellung Münklers über zwei Innovationen: Eine militärtaktische und eine technische. Die militärtaktische Innovation des Gevierthaufens ermöglichte es Fußsoldaten, erfolgreich gegen gepanzerte Berittene zur kämpfen. Diese Entwicklung führte dazu, dass die profitable Form der Kriegsführung mit kleinen berittenen Einheiten militärisch nicht mehr erfolgreich war. Die kriegführenden Akteure benötigten so größere Heere mit drei Waffengattungen (Fußtruppen, Reiter und Artillerie). Diese Akteure konnten so nur noch die Staaten sein, die

durch Steuereinnahmen über genug Finanzmittel für den Unterhalt solcher Armeen verfügten (Münkler 2002: 97).

Die waffentechnische Innovation, die Entwicklung der schweren Artillerie, führte zu einer weiteren Verteuerung des Krieges (Münkler 2002: 103). Münkler erklärt hier eine gesellschaftliche Entwicklung über Technologie (Militärtaktik und Waffentechnik) und setzt die Technologie – statt etwa soziale Bewegungen – als einen eigenständigen gesellschaftlichen Impuls. Dies führt zu der Formulierung, dass der „erste große Rüstungswettlauf der Neuzeit“ „zwischen Artillerie und Festungsbau“ gewesen sei.

Die Verteuerung des Krieges führte nach Münkler also zu der Verstaatlichung und damit zur Verrechtlichung des Krieges. Die Konkurrenz der Staaten um mehr Macht führte zu einem Gleichgewichtssystem und damit zur Symmetrisierung des Krieges (Münkler 2002: 110). Münkler verweist hier als Ausnahme von der Regel auf „die antinapoleonische Guerilla in Spanien 1807-1813“ und auf den Krieg in Russland 1812, und redet beides durch die Verortung an der „europäischen Peripherie“ (S.264) klein. Dadurch ist anscheinend nur noch „Kerneuropa“, also Deutschland und Frankreich, gemeint, wenn Münkler von der Regel spricht.

Je genauer man die These von der Verstaatlichung des Krieges und dessen Konsequenzen anschaut, desto klarer wird also, dass Münkler große Schwierigkeiten hat, überhaupt passende Beispiele aus der europäischen Geschichte für seine Annahmen zu finden – von der außereuropäischen Geschichte ganz zu schweigen.

Nach Münkler haben sich durch die Verstaatlichung und Verrechtlichung des Krieges in Europa Kriegstheorien entwickelt, die von einer Gleichheit der Kämpfenden und der Reglementierung der Gewalt ausgingen, etwa wie bei einem Duell (Münkler 2002: 113). Die wachsende Bedeutung der „Entscheidungsschlacht“, wie sie bei Clausewitz formuliert wurde, basiere darauf. Daraus resultiere die Notwendigkeit zu „hochgradig disziplinierten Truppen“, die in der Lage waren, die Entscheidungsschlacht zu führen (Münkler 2002: 116-117). In diesem Zusammenhang taucht die außereuropäische Welt als Verweis darauf auf, dass diese Entwicklung bei den „nomadisierenden Hirten- und Jägervölker[n]“ nicht stattgefunden habe, was zur Erklärung für die fehlende „Trennung von Gewaltanwendung und Erwerbsleben“ und für die „

„Irak-Krieg führte zu mehr Terror“

New York. Der Irakkrieg hat nach einhelliger Bewertung der US-Geheimdienste die weltweite Terrorgefahr erhöht. Die Dienste seien zu dem Schluss gekommen, dass „der Krieg im Irak das allgemeine Terrorproblem verschlimmert hat“, berichtete die „New York Times“. Dies steht in Gegensatz zu Aussagen von US-Präsident Bush, der den Anti-Terror-Krieg immer wieder als Erfolg darstellt. **afp**

- 28) Alte Hegemonie und Neue Kriege, in: Blätter 5/04, S. 539-552.
- 29) Kaldor 2000, S. 198; Münkler 2002, S. 238.
- 30) Kaldor 2000, S. 22.
- 31) Ulrich, Ulrich: Comeback der drei Welten, in: Blätter, 12/2003, S. 1453-1462.
- 32) Vgl. Human Security Doctrine for Europe, Barcelona, September 2004.
- 33) Münkler 2002, S. 238.
- 34) Sven, Chojnacki: Wandel der Kriegsformen?, in: Leviathan, 3/2004, S. 402-424, S. 407; Vgl. Pradetto 2004, S. 196.
- 35) Kahl, Martin/Teusch, Ulrich: Sind die 'neuen Kriege' wirklich neu?, in: Leviathan, 3/2004, S. 382-401, S. 400.
- 36) Vgl. HIIK, Konfliktbarometer 2004, Dezember 2004; Mack, Andrew (ed.): Human Security Report 2005, New York/Oxford 2005; und ausführlich Kahl/ Teusch 2004, S. 386ff. und Newman 2004, S. 180.
- 37) Pradetto 2004, S. 197f.; Kahl/ Teusch 2004, S. 388.
- 38) Kahl/ Teusch 2004, S. 393f.; Newman 2004, S. 181.
- 39) Vgl. Chonjacki 2004, S. 412; Pradetto 2004, S. 196.
- 40) Kahl/Teusch 2004, S. 400.
- 41) Preble, Christopher/Logan, Justin: Failed States and Flawed Logic, CATO Policy Analysis 560/2006, S. 18.
- 42) Vgl. hierzu die Beiträge in Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg): Welt-Macht Europa: Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg 2006.
- 43) Gantzel, Klaus Jürgen: Neue Kriege?, in: Friedensgutachten 2002, S. 80-89, S. 88f.; Vgl. auch Pradetto 2004, S. 195.
- 44) Großmann, Horst: Die »neuen Kriege«, in: DSS-Arbeitspapiere Heft 70, S. 73-84, S. 80.
- 44) Vgl. World Bank, Breaking the Conflict Trap, Oxford 2003; Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen: Globalisierung und Krieg, Hamburg 2003.
- 46) Vgl. Willett, Susan: Development and security in Africa, in: Harris, Geoff (ed.): Achieving Security in Sub-Saharan Africa, Pretoria 2004, S. 101-120.
- 47) Nawa, Fariba: Afghanistan Inc., Oakland 2006; Destroy and Profit, FGS, January 2006.
- 48) Münkler, Herfried: Imperien, Bonn 2005, S. 48f.
- 49) Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, American Political Science Review Vol. 97, No. 3 (August 2003), S. 343-361, S. 345, 357.
- 50) Alle Zitate in Wagner, Jürgen: Afghanistan steht vor einem »blutigen Sommer«, in: AUS-DRUCK (Juni 2006), S. 9.

Entfesselung der Gewalt“ (Münkler 2002: 118) bei den „neuen Kriegen“ wird. Die Ausprägung der „neuen Kriege“ wird also aus der angeblichen Sozialisierung dieser „Völker“ erklärt. Es ist partiell anders, und doch vergleichbar mit dem Ansatz von Curd v. Francois,⁸⁾ der versuchte zu erklären, warum die Kolonialtruppen ohne Kriegserklärung angreifen sollten. Auch hier mussten die Verhaltensweisen der „Eingeborenen“ dafür herhalten (Francois 1900, S.19). Beide Autoren gehen von einer unterstellten Natur der „Eingeborenen“ aus. Die angebliche Unzivilisiertheit wird als Grund für die Brutalität gesetzt. Die Gegenthese dazu wäre, dass die Kriegsführung der Kolonialtruppen, d.h. die Nicht-Anerkennung der „Eingeborenen“ als gleichwertige Akteure und die fehlende Unterscheidung zwischen Kämpfern und Zivilisten, der eigentliche Grund für die Brutalität der Kriege ist – und keine „Natur der Eingeborenen“. Was bei Münkler ebenfalls ungenannt bleibt, ist, dass die gleichen Militärs, die für die europäischen Schlachtfelder solche Szenarien entwickelten, für die Schlachtfelder im kolonialen Raum ganz andere Szenarien entwickelten, in denen keine Rede ist von der „Gleichheit der Kämpfenden“ und von Duellen. Ein Beispiel hierfür ist „Kriegsführung in Süd-Afrika“ (1900) von Curd v. Francois: „Endziel des Krieges [ist] die Vernichtung des Gegners“ (Francois 1900: 44), wobei der Gegner davor definiert wurde als der „feindliche Stamm“. Weiter: „Man muss denjenigen Stämmen, [...] mit denen man im Kriege ist, [...] auf den Fersen sein, sie ausrotten, zersprengen“ (Francois 1900: 53).

Die militärische Strategie in Europa, die zu symmetrischen Konstellationen führt, endet im 20. Jh. (Münkler 2002: 122). Allerdings vermeidet es Münkler, den Zeitpunkt, an dem die Symmetrie endet, genauer zu bestimmen. Der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch der Sowjetunion tauchen als Möglichkeiten auf, so dass sich eine Zeitspanne von 1914 bis 1989 (!) ergibt. Der Erste Weltkrieg hätte die Trennung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten durch die Einbeziehung der Zivilbevölkerung aufgeweicht. Der Zweite Weltkrieg hätte diese Trennung vollständig aufgehoben durch den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht und den strategischen Bombenkrieg der Alliierten (Münkler 2002: 124).⁹⁾

Münkler konstruiert also eine europäische Geschichte vom 17. bis zum 20. Jh., in der der Staat Gewalt reglementiert und begrenzt. Diese geschichtliche Perio-

de endet für ihn dann spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg und leitet über zu einer neuen Periode, in der der Staat nicht mehr der Gewaltmonopolist ist, und die Gewalt sich so entreglementiert und entgrenzt.

Die neuen Kriege

Die neuen Kriege basieren nach Münkler auf Kostensenkungsstrategien. Dabei werden leichte und billige Waffen eingesetzt, darunter hauptsächlich automatische Gewehre und Pick-ups. Solche Waffen würden sich eher für Gewalt gegen Zivilisten eignen als für große Feldschlachten. Jugendliche würden ohne eine längere militärische Ausbildung eingesetzt. Das führe zu einer Entprofessionalisierung und Entdisziplinierung. Die Finanzierung des Krieges würde statt durch Steuern über Raub und illegalen Handel organisiert. Durch diese drei Faktoren ist Krieg wieder privatwirtschaftlich lohnend (Münkler 2002: 135), was neue Akteure ins Kriegsgeschäft treibt. In diesem Zusammenhang behauptet Münkler, dass die „neuen Kriege“ größere Verwüstungen produzieren würden, als die „klassischen Kriege“. Welche Untersuchung so ein Ergebnis hergibt, wird nicht erwähnt. Auch schon ein oberflächlicher Blick wirft die Frage auf, welcher der „neuen Kriege“ größere Verwüstungen produziert hat als etwa der Zweite Weltkrieg.

Wenn es sich also bei den „alten Kriegen“ um die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln handelte, so können die „neuen Kriege“ nach Münkler als Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln begriffen werden, zumindestens für die privatwirtschaftlichen Akteure. So wird die Verstaatlichung wieder aufgehoben und damit auch die Reglementierungen und Verrechtlichungen. Beispielhaft hierfür ist die (sexuelle) Gewalt gegen Frauen, die bei den „alten Kriegen“ als Verbrechen verfolgt und bestraft wurde und nur noch als Einzelfall auftauchte, aber kein „institutioneller Bestandteil“ mehr war. Bei den „neuen Kriegen“ ist die Gewalt gegen Frauen ein „Instrument der Kriegsführung“ und Ergebnis kalkulierter Planung (Münkler 2002: 144-146). Auch hier wäre ein Verweis auf die Empirie nötig. So scheint es, dass Münkler die „alten Kriege“ verharmlost. Die Beispiele für die „neuen Kriege“ sind anekdotenhaft und es ließen sich genauso gut Fälle aus „alten Kriegen“ finden, die

Fußnoten

- 1) Kaldor, Mary: Neue und alte Kriege, Frankfurt 2000, S. 7.
- 2) Matthies, Volker: Der vernachlässigte Blick auf den Frieden, in: Der Bürger im Staat, 4/2004, S. 185-190, S. 186.
- 3) Kaldor 2000, S. 27.
- 4) Vgl. Pradetto, August: Neue Kriege, in: S. Gareis und P. Klein (Hg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Opladen 2004, S. 192-202, S. 192f.
- 5) Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Bonn 2002, S. 7.
- 6) Vgl. Kaldor 2000, S. 15ff; Münkler 2002, 33ff.
- 7) Vgl. Münkler 2002, S. 28, 145; Kaldor 2000, S. 8.
- 8) Münkler 2002, S. 161.
- 9) Münkler 2002, S. 16.
- 10) Kaldor 2000, S. 12.
- 11) Münkler 2002, S. 19.
- 12) Münkler 2002, S. 135. Auch für Kaldor 2000, S. 21 liegt der „Schlüssel“ in der „Wiederherstellung einer – sei es lokalen, nationalen oder globalen – öffentlichen Kontrolle der organisierten Gewalt.“
- 13) Kaldor 2000, S. 15.
- 14) Kaldor 2000, S. 197.
- 15) Beck, Ulrich: Über den postnationalen Krieg, in: Blätter 8/99, S. 984-990, S. 987.
- 16) Münkler 2002, S. 63.
- 17) Münkler 2002, S. 227.
- 18) Münkler 2002, S. 221.
- 19) Münkler 2002, S. 226.
- 20) Posener, Michael: Empire Europa, in: IP (Januar 2006), S. 60-67, S. 60.
- 21) Menzel, Ulrich: Wenn die Staaten verschwinden, taz, 30.8.03.
- 22) Kaldor 2000, S. 211.
- 23) Münkler, Herfried: Das imperiale Europa, Die Welt, 29.10.04.
- 24) Nielebock, Thomas: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten?, in: Rittberger, Volker (Hg.): Weltpolitik heute, Baden-Baden 2004, S.165-191, S. 185f.
- 25) Newmann, Edward: The ‘New Wars’ Debate: A Historical Perspective Is Needed, in: Security Dialogue, Vol. 35, No. 2 (2004), VolS. 173-189, S. 187.
- 26) Preuß, Ulrich K. : Die UNeinigen Weltrichter, Die Zeit, 23/2003.
- 27) Münkler 2002, S. 240.

hen als Unterstützer zur Verfügung.“⁵⁰⁾ Die Entwicklung in Afghanistan und im Irak beweist täglich: Mit militärischer Besetzung werden weder die Probleme dieser Länder noch das des Terrorismus gelöst. Im Gegenteil, die mit der Besetzung verbundene Gewalt und ökonomische Ausbeutung sowie die offensichtlich im System liegenden Menschenrechtsverletzungen lassen die Gewalt eskalieren und treiben den Terroristen neue Rekruten in die Arme. Die Position der »Neuen Krieger« ist somit destruktiv und gewaltfördernd, sie ist eine moralische Bankrotterklärung.

Eine kürzere Fassung dieses Artikels erschien in Wissenschaft und Frieden 3/2006

Jürgen Wagner ist geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de) und Redaktionsmitglied von Wissenschaft und Frieden. Jüngste Buchveröffentlichung: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg): Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg 2006.

Ähnliches schildern.

Teil der Kostensenkungsstrategien sei auch die humanitäre Hilfe. Durch Flüchtlingsströme und ihre mediale Verbreitung würde in der westlichen Welt eine „Hilfsmaschinerie“ ausgelöst. Auch hier taucht der Gegensatz zwischen den idealisierten „alten Kriegen“ und „neuen Kriegen“ auf: „Die traditionelle Neutralität der Kriegsberichterstattung“ verschwindet zusammen mit der Symmetrie und die Medien werden zu „Ressource[n] des Krieges“ (Münkler 2002: 158).¹⁰⁾ Die folgenden Hilfslieferungen, ursprünglich eine karitative Handlung der reichen Länder, dienten den „Strategen der Kriege“ als Logistik, m.a.W. „, der Terror lebt durch die Hilfe“ (Münkler 2002: 156). Die humanitäre Hilfe träge so dazu bei, dass die „neuen Kriege“ fortgesetzt werden. Das Bild von gutwilligen und hilfsbereiten Europäern und finsternen Gestalten in der „Dritten Welt“ taucht nicht nur hier auf. Nach Münkler verschafft sich der Terrorismus Vorteile, indem „er die politischen, rechtlichen und moralischen Selbstbindungen der Angegriffenen zu seinem Vorteil ausbeutet“ (Münkler 2002: 192). Mit den „Angegriffenen“ sind die demokratischen Staaten des Westens gemeint, die so als Opfer stilisiert werden. Die Flüchtlingsströme und -lager führten ebenfalls zu einer regionalen Ausweitung und Verankerung der „neuen Kriege“, und würden die ökonomischen Strukturen der Nachbarländer beschädigen.

Das „Dilemma des Westens“

Diesen „neuen Kriegen“ stehen nach Münkler grundsätzlich friedfertige demokratische Gesellschaften gegenüber. Die Friedfertigkeit basiere auf drei Entwicklungen: Der Steigerung der Kriegskosten, der Umstellung der sozialen Orientierungsmuster auf Zweckrationalität und auf der Entwicklung von Institutionen, die sicherstellen, dass diese Zweckrationalität die politischen Entscheidungen bestimmt (Münkler 2002: 207-208). Eine zentrale Rolle spiele die „Verteuerung des Krieges“, die „seine Nichtdurchführbarkeit garantierte“ (Münkler 2002: 209).

Diese Friedfertigkeit demokratischer Gesellschaften bezieht sich auf symmetrische Kriege. Bei asymmetrischen Konflikten seien Demokratien nicht friedfer-

tig, wenn sie davon ausgehen, dass ein militärischer Erfolg ohne größere Verluste und Kosten erreichbar ist. Dies führt zu „Intervention[en] mit Luftstreitkräften“ der demokratischen Staaten, weil hier das Verlustrisiko am geringsten ist (Münkler 2002: 220). Die Entscheidung für oder gegen eine solche Intervention hänge vom Kosten-Nutzen-Kalkül der durchführenden Staaten ab. Während die Kosten unmittelbar eintreten, seien die Nutzen mittelbar. Die durchführenden Staaten müssten abschätzen, ob die Kosten bei der Fortdauer der „neuen Kriege“ für die Nachbarländer höher sind als die Kosten der militärischen Intervention (Münkler 2002: 225). Die Kosten für die Nachbarländer würden durch 3 Faktoren entstehen: Zum Ersten hätten die „neuen Kriege“ die Tendenz sich transnational auszuweiten und Nachbarländer miteinzubeziehen. Zum Zweiten führten die Bürgerkriegsökonomien dazu, dass der „Anteil der kriminellen Ökonomien an [den] Friedensökonomie[n]“ der Nachbarländer steigt. Zum Dritten führten „neue Kriege“ dazu, dass andere politische Konflikte in der Region ebenfalls die Tendenz bekommen, zu weiteren „neuen Kriegen“ zu werden (Münkler 2002: 226-228).

Das Hauptproblem sei, dass ein Staat (z.B. die USA) oder eine Staatengemeinschaft (z.B. die NATO) eine Intervention durchführt, und damit ein öffentliches Gut (Export von politischer Stabilität und Staatlichkeit) produziere, die Kosten aber alleine tragen müsse. Weiterhin seien nur wenige Staaten ¹¹⁾ bereit und fähig „disziplinierte und korruptionsresistente“ Truppen zu Verfügung zu stellen, die zur Befriedung von innergesellschaftlichen Kriegen benötigt werden. Hier fehlt bei Münkler eine empirische Untersuchung, die eine solche Annahme rechtfertigen würde. Es tauchen zwei Beispiele für die Korruptierbarkeit von Interventionstruppen auf: nigerianische Truppen in Sierra Leone und russische in Tschetschenien. Es bleibt eine Unterstellung, dass nur europäische und US-amerikanische Truppen „diszipliniert und korruptionsresistent“ sind. Weiterhin zeigt das Beispiel der KFOR-Truppen im Kosovo, dass eine solche Trennung zwischen korrupten und gewalttätigen „Dritte-Welt“-Soldaten und disziplinierten und nicht-korrupten europäischen und us-amerikanischen Soldaten nicht existiert. So dokumentiert ein Bericht von amnesty international mit dem Titel „Die KFOR fördert die Zwangsprostitution im Kosovo“, ¹²⁾ wie der Präsenz der KFOR-Truppen zur Ausweitung der sexuellen Ausbeutung von Frauen führt. Die gleiche Thematik führt auch der Dokumentarfilm „Die

trachten, abzuziehen.“ Hieraus erklärt sich auch der dramatische Anstieg solcher Attentate in den letzten Jahren, weshalb seine Schlussfolgerung eindeutig ist: *„Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besetzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließt, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns richten.“* ⁴⁹⁾ Mehr und mehr Menschen in der Dritten Welt wird bewusst, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben, weshalb sie die Besatzer lieber heute als morgen aus ihrem Land jagen wollen. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen.

Dies wird nicht nur im Irak, sondern auch in Afghanistan überdeutlich. Angesichts der Forderung der Friedensbewegung, die Besetzung des Landes sofort zu beenden und die deutschen Truppen abzuziehen, ging der sicherheitspolitische Sprecher der Grünen, Winfried Nachtwei, mit einer scharfen Anklage in die Offensive: *„Völlig negiert wird, dass die Stabilisierung und Friedensförderung in Afghanistan von den Vereinten Nationen mandatiert und unterstützt wird und dass sich ein nicht unwichtiges VN-Mitglied wie die Bundesrepublik nicht einfach einseitig aus diesem Prozess verabschieden kann. Die Friedensverbände fordern das aber – und reden damit einer anderen Art von destruktivem Unilateralismus das Wort, ausdrücklich nichtmilitärisch, aber indirekt gewaltfördernd.“*

Die Realität vor Ort stellt sich aber anders dar. Der US-Botschafter in Kabul, Ronald Neumann, prophezeit einen „*blutigen Sommer*“, der sich bereits durch vermehrte Anschläge ankündigt. Markus Kneip, Kommandoführer über ISAF-Nord, gibt an, die Lage sei *„eindeutig nicht ruhig und nicht stabil.“* Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, räumt offen ein: *„Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. (Offenbar) ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen ste-*

die es wiederum militärisch zu »befrieden« gilt. Für Herfried Münkler jedenfalls ist es der *„Prozess der wirtschaftlich ausgelösten Erosion bestehender Ordnungen, der ihre machtpolitische Stabilisierung von außen erforderlich machte. (Deshalb) erscheinen die zahlreichen humanitären militärischen Interventionen des vergangenen Jahrzehnts – von der Verhinderung bis zur Beendigung von Bürgerkriegen – als Nachfolge der nicht intendierten Effekte des neuerlichen Globalisierungsprozesses. Der humanitäre Imperialismus, von dem einige Autoren sprechen, wäre dann nichts anderes, als die politische Nachbearbeitung der Spuren, die der sozioökonomische Prozess der Globalisierung hinterlassen hat.“* ⁴⁸⁾

Mit dieser militärischen Flankierung des Neoliberalismus, die Münkler keineswegs ablehnt, sondern für erforderlich hält, wird aus friedenspolitischer Sicht einer gigantischen Fehlallokation von Ressourcen Vorschub geleistet. Einerseits wird gefordert, Milliarden in die Rüstung zu pumpen, um für einen militärischen »Stabilitätsexport« gerüstet zu sein, der lediglich selektiv die Durchsetzung europäischer Interessen legitimiert und dessen stabilisierende Wirkung – gelinde gesagt – umstritten ist. Auf der anderen Seite aber werden gleichzeitig die Abermillionen Opfer der in unserem Wirtschaftssystem begründeten strukturellen Gewalt weitgehend ignoriert, für sie ist kein Geld da. Eine radikale Umschichtung von Rüstungsgeldern hin zur Armutsbekämpfung in Kombination mit einem grundsätzlichen Kurswechsel weg vom Neoliberalismus würde den effektivsten Beitrag für eine friedlichere Welt und damit die einzig moralisch vertretbare Position darstellen.

Rekrutierungshilfe für Terrororganisationen

Auch der von Münkler geforderte »Stabilitätsexport« im Sinne einer Anti-Terror-Maßnahme erweist sich als hochgradig kontraproduktiv. Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentate *„nicht einfach ein Ergebnis irrationaler Individuen oder fanatischen Hasses sind. Das vorrangige Ziel von Selbstmordattentaten ist es, [...] die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat be-*

Helfer und die Frauen“ vor Augen.

Nach Münkler würden sich „eine wachsende Zahl von Krisengebieten“ und „eine eng begrenzte Menge interventionsfähiger und selten interventionsbereiter Mächte“ gegenüber stehen ¹³⁾ (Münkler 2002: 232). Dazu käme noch, dass die Akteure der „neuen Kriege“ ihre Kostensenkungsstrategien ausbauen, die Interventionsmächte aber die Kriegskosten weiter steigern, etwa durch High-Tech-Einsatz (Münkler 2002: 237). Auf diese Strategien existieren bei Münkler zwei Antworten. Die europäische Antwort ist die Wiederherstellung von Staatlichkeit und damit die Beendigung der „neuen Kriege“. Die US-amerikanische Antwort ist die Nutzung von asymmetrischen Strategien, um die neuen Kriege mit geringeren politischen und militärischen Kosten einzudämmen.

„Alte Kriege“ vs. „neue Kriege“?

Zunächst sollen die Annahmen, mit denen Münkler seine Thesen begründet, kritisch hinterfragt werden.

Die erste Annahme ist, dass es einen Wechsel von „alten“, zwischenstaatlichen Kriegen zu „neuen“, nicht-zwischenstaatlichen Kriegen gibt. ¹⁴⁾ Aber schon seit dem 19. Jahrhundert sind innergesellschaftliche Kriege viel häufiger als zwischenstaatliche Kriege. ¹⁵⁾ Die zwischenstaatlichen Kriege bilden ca. 20% aller Kriege der letzten beiden Jahrhunderte. Die übrigen 80% waren nicht-zwischenstaatliche Kriege, darunter zum einen die zahlreichen Kolonisations- und Dekolonisationskriege, zum anderen die unterschiedlichen Bürgerkriege – auch in Europa. Auch die behauptete Zunahme der innerstaatlichen Kriege seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist so nicht richtig. Es gab zwar seit 1945 eine proportionale Zunahme von nicht-zwischenstaatlichen Kriegen, und diese Zunahme fuhr nach 1989 fort. Aber dieser Trend brach dann 1992 ab, und die Zahl der nicht-zwischenstaatlichen Kriege nahm ab. Inzwischen ist die Zahl der nicht-zwischenstaatlichen Kriege sogar niedriger als 1989. Dieser Trend wird noch deutlicher, wenn man beachtet, dass eine große Zahl nicht-zwischenstaatlicher Kriege „Produkte“ des „Kalten Krieges“ waren, also eine Folge von staatlichen Konfrontationen waren und jetzt beendet wurden.

Aber auch schon das Modell der „zwischenstaatlichen Kriege“ nach Münkler und die Rede von „neuen Kriegen“, die sich davon unterscheiden, ist irreführend. Das Modell des reglementierten und verrechtlichten zwischenstaatlichen Krieges hat sich zum einen außerhalb von Europa kaum durchsetzen können, und zum anderen sah auch in Europa, entgegen der idealisierenden Darstellung von Münkler, die Kriegsrealität anders aus.¹⁶⁾ Die Trennung von Kombattanten und Nicht-Kombattanten war nicht durchgehend, und die Zivilbevölkerung wurde in den Krieg mit einbezogen.

Weiterhin blendet das Münklersche Modell der zwischenstaatlichen Kriege als die vorherrschende Kriegsform die Kolonialkriege der europäischen Staaten und der USA aus. Beispielhaft für Deutschland wären der „Hererokrieg“ in „Deutsch-Südwestafrika“ von 1904 mit ca. 34.000 Opfern oder die Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstands in „Deutsch-Ostafrika“ von 1906 mit ca. 100.000 Opfern. Es wurde unterschieden, ob die Kriege zwischen europäischen Staaten oder gegen „Eingeborene“ geführt wurden, und je nach Lage hatte das Modell der zwischenstaatlichen Kriege unterschiedliche Geltung, so etwa bei der Frage von völkerrechtlichen Bestimmungen wie z.B. die Schonung der Zivilbevölkerung. Nach Münkler wurde der „Krieg gegen die Bevölkerung“, seit dem 17. Jh. beendet (Münkler 2002: 103). Die Proklamation des Generals von Trotha von 1904¹⁷⁾ beschreibt jedoch, dass dies für die Kolonien nicht galt.

Eine weitere Annahme ist, dass die „neuen Kriege“ sich auszeichnen durch Bestialität und Entzivilisierung, die Münkler im Jahre 1648 verschwinden und jetzt wieder auftauchen sieht. Hier ist das Hauptdefizit, dass Münkler zwar (brutale und bestialische) Berichte für diese Annahme zitiert, aber eine empirische Methode, wie etwa bei der empirischen Politikwissenschaft, fehlt.¹⁸⁾

Dieses Konglomerat aus Annahmen und journalistischen Berichten kann eine umfassende empirische Untersuchung der Gewalt in den „neuen Kriegen“, die nötig wäre um Münklers Thesen haltbar zu machen, nicht ersetzen. Problematisch sind einige der Berichte, auf denen Münklers Thesen basieren, auch deswegen, weil die Autoren anthropologisierend argumentieren, so dass eurozentristische und rassistische Muster erkennbar sind. Exemplarisch dafür ist Peter Scholl-Latours Buch „Afrikanische Totenklage“, das Münkler immer wieder als Quelle heranzieht, wenn es darum geht die Bestialität der „neuen Kriege“

über Rüstungsexporte, sogar anheizen. Vor allem aber greifen Habgier und Staatszerfall als gewaltauslösende Faktoren deutlich zu kurz, da sie lediglich Symptome sind, die nicht mit Ursachen verwechselt werden dürfen. Inzwischen haben eine ganze Reihe von Studien, u.a. von der Weltbank, belegt, dass Armut der mit weitem Abstand bedeutendste Faktor für das gewaltsame Aufbrechen innerstaatlicher Konflikte ist.⁴⁵⁾ Unter diesem Blickwinkel ist es die von sämtlichen westlichen Staaten propagierte neoliberale Weltwirtschaftsordnung, in deren Folge weite Teile der Dritten Welt dramatisch verarmten, die entscheidend zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten beiträgt. Besonders auch die Erosion staatlicher Autorität hängt elementar mit den Strukturanpassungsprogrammen des IWF zusammen, da sie es den betroffenen Staaten unmöglich machen für eine auch nur halbwegs adäquate Sozial- und Gesundheitsfürsorge, für Bildung und letztlich auch für Sicherheit zu sorgen.⁴⁶⁾

Kaldor räumt diese konfliktverschärfende Wirkung neoliberaler Zwangsmaßnahmen zwar ebenso ein, wie die Tatsache, dass Armut ein wichtiger Eskalationsfaktor ist. Allerdings kommt sie zu dem Schluss, dass erst in Folge einer militärischen Besatzung tragfähige Ökonomien aufgebaut werden könnten, da Sicherheit die Vorbedingung für Entwicklung sei. Zur Armutsbekämpfung auf das militärische Pferd zu setzen heißt aber in die falsche Richtung zu galoppieren. Hierzulande mag es noch Illusionen über den altruistischen Charakter westlicher Protektorate geben, bei vielen Betroffenen ist die Ernüchterung schon längst in Wut und zunehmend auch in Hass auf die ausbeuterische Politik des Westens umgeschlagen. „*Destroy and Profit*“, benennt »Focus on the Global South« die Ziele westlicher Besatzungspolitik, „*Afghanistan Inc.*“, ist der ebenso viel sagende wie vernichtende Titel einer ausführlichen Studie der Afghanin Fariba Nawa, über den neoliberal ausgerichteten »Wiederaufbau« ihres Landes.⁴⁷⁾

Wer Sicherheit und Staatlichkeit herbeibomben will, um Länder anschließend so lange unter westliche Schirmherrschaft zu stellen, bis sie neoliberalen Spielregeln gehorchen, perpetuiert den Teufelskreis aus Armut und Gewalt und kann nicht glaubhaft die Moral für sich reklamieren. Genau das ist aber die traurige – nebenbei völkerrechtswidrige – Praxis, die sich hinter dem beschönigenden Begriff des Stabilitätsexports verbirgt. Exportiert wird nicht Stabilität, sondern lediglich mehr Armut, mehr Leid und letztlich auch weitere Konflikte,

benötigt, allein der Gesamtbedarf zur Stabilisierung der 20 kritischsten Staaten beliefe sich auf ziemlich genau 10 Millionen Soldaten in Besatzungstruppen.

⁴¹⁾ Man kann sicher sein, dass die hierfür erforderlichen personellen wie materiellen Ressourcen niemals bereitgestellt werden. Damit kann der geforderte »Stabilitätsexport« zwangsläufig nur selektiv geschehen, was im Übrigen von Mary Kaldor offen eingeräumt wird. Während sie jedoch hierfür durchaus noble Kriterien anführt, insbesondere die Schwere der Menschenrechtsverletzungen, ist es nicht zu gewagt anzunehmen, dass in der Praxis primär ökonomische und strategische Gründe den Ausschlag für einen Einsatz geben werden. Die »Neuen Kriege« machen sich damit bewusst oder unbewusst zum Steigbügelhalter für die Durchsetzung einer immer offensiver formulierten europäischen Interessenspolitik, die eindeutig ausbeuterischen Charakter hat. ⁴²⁾

Angesichts der mangelnden Begeisterung für derlei Auslandseinsätze in der Bevölkerung, stellt Klaus Jürgen Gantzel in diesem Kontext deshalb völlig zu Recht die Frage, *„ob die ‘Neuentdecker’ – bewusst oder unbewusst, zumindest unbedacht – nicht einer tieferen Strömung zu Diensten sind. Ihre generalisierenden Darstellungen einer unmenschlichen Kriegswelt wecken diffuse Bedrohungsgefühle, die geeignet sind, einer sich bis in Privatzonen hineinfressenden Sicherheitspolitik den Weg zu ebnen, die letztlich zerstört, was zu schützen sie vorgibt: eine starke demokratische Gesellschaft. Solche Bedrohungsgefühle können aber auch dazu genutzt werden, einem bloßen Draufhauen Vorschub zu leisten, etwa auf eine erfundene ‘Achse des Bösen’.“* ⁴³⁾

Neoliberaler (Un)Sicherheitsexport und die Fehlallokation von Ressourcen

Wenn Münkler meint, es sei notwendig, *„stärker den Blick auf die sich mit den Mitteln militärischer Gewalt durchsetzenden ökonomischen Interessen zu richten“*, so ist einzuwenden, schreibt Horst Großmann, *„dass er im wesentlichen die Ökonomie auf die ökonomischen Interessen regional agierender Subjekte, Kriegsfürsten, Warlords u.s.w. reduziert und sie von den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Großmächte abkoppelt.“* ⁴⁴⁾

Damit wird auch bewusst ausgeblendet, dass die westlichen Staaten wenig tun, um diese Konflikte und deren Finanzierung zu unterbinden, ja sie häufig, z.B.

darzustellen. „Afrika ist für ihn (Peter Scholl-Latour, A.d.A.) letztlich eine ‚prähistorische Unterwelt‘, beherrscht von einer ewigen ‚urzeitlichen Stammesfehde‘, in der sich ‚ungezügelter Raubinstinkte‘ entfesseln, ‚die sich jeder rationalen Analyse‘ entziehen. Scholl-Latour fühlt sich ‚zurückversetzt in die Zustände menschlicher Frühentwicklung‘“ (taz vom 19.2.2002). ¹⁹⁾ So berichtet er über einen Tutsi-Oberst aus Ruanda, der seine Erläuterungen "mit einer distanzierten Erheiterung vorträgt, die einem europäischen Kolonialoffizier gut anstanden, die man einem Afrikaner nicht zugetraut hätte". ²⁰⁾

Da also eine empirische Untersuchung der Gewalt in den „neuen Kriegen“ nicht vorliegt, ist hier ein Blick auf die absoluten Opferzahlen (als Hinweis auf den Umfang der Gewalt) hilfreich. Danach sind die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts die bislang opferreichste Dekade. Es folgen die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts. Und erst dann folgen die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Zumindesten darüber lässt sich die Annahme von Münkler nicht belegen. Wenn man noch berücksichtigen würde, dass die Anzahl der Staaten seit der Dekolonialisierung in den 60er und 70er Jahren gestiegen ist, und so auch die Möglichkeit von „neuen“, innerstaatlichen Kriegen durch die größere Zahl der Staaten, in denen innerstaatliche Kriege verzeichnet werden können, dann wären die relativen Opferzahlen der 90er Jahre noch geringer, was die Annahme Münklers noch weiter entkräften würde.

Ein weiteres Problem bei Münklers Darstellung der europäischen Kriege ist, dass die Shoah neben den alliierten Bombenangriffen auftaucht, so dass diese Aneinanderreihung zur Verwischung der Unterschiede führt. Was ein Genozid und was ein Krieg ist, bleibt somit unklar. Diese auffällige Parallelisierung der Shoah mit alliierten Bombenangriffen ist auch im Kontext der Thesen, die im selben Jahr von Jörg Friedrich in „Der Brand“ publizierten wurden, problematisch. Was bei Münkler vielleicht eine Unachtsamkeit ist, hat bei Friedrich System. So nennt er alliierte Bomberstaffeln „Einsatzgruppen“, brennende Luftschutzkeller „Krematorien“ und das Brennen von Bibliotheken im Rahmen der Bombardierung „Bücherverbrennung“. Friedrich „rückt [...] den alliierten Luftkrieg semantisch in die Nähe des Holocaust“. ²¹⁾ Kritiker werfen Friedrich vor, er habe mit seiner Formulierungen erst ermöglicht, dass der Begriff „Bombenholocaust“ durch die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag im Februar 2005 geprägt werden konnte.

Statt auf empirische Untersuchungen bezieht sich Münkler also vielmehr exemplarisch auf journalistische Berichte zweifelhaften Anstrichs und arbeitet in wesentlichen historischen Betrachtungen so ungenau wie es innerhalb eines revisionistischen Diskurses um die „deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges“ Praxis ist.

„Staat und Gewaltzustand“ in Kolumbien

Nach der Diskussion um die Methoden und Empirie bei Münkler geht es jetzt um ein Fallbeispiel. Im Folgenden soll überprüft werden, inwiefern der kolumbianische Bürgerkrieg mit den Annahmen über die „neuen Kriege“ begreifbar ist. Dabei beziehe ich mich auf die Analyse von Raul Zelik (2005).

Obwohl nach Münkler die Bildung von Staatlichkeit die Methode zur Reglementierung und Begrenzung des Krieges ist und die Entstaatlichung zur Entgrenzung des Krieges führt, deutet die Untersuchung des kolumbianischen Fallbeispiels auf andere Ergebnisse hin. Hier lässt sich die Entgrenzung des Kriegs viel eher als eine Form der Durchsetzung von staatlicher Macht zur Erschließung von Wirtschaftsräumen verstehen, und weniger als Folge gescheiterter Staatsbildung.

Von den Akteuren im kolumbianischen Bürgerkrieg scheinen die paramilitärischen Gruppen am ehesten den entstaatlichten, privaten Gewaltakteuren zu entsprechen, wie Münkler sie beschreibt. Sie streben keine Eroberung der Staatsmacht an und für sie ist der Krieg ein ökonomisches System zur privaten Bereicherung – u.a. über Drogenhandel und als „Werkschutz“ für transnationale Unternehmen (so z.B. BP und Coca Cola).

Offiziell bekämpft der kolumbianische Staat die paramilitärischen Gruppen. Sie agieren aber systematisch mit Unterstützung und in Absprache mit den staatlichen Sicherheitskräften, Armee und Polizei. Die Stärke der paramilitärischen Gruppen kann so nicht als Ausdruck staatlichen Zerfalls interpretiert werden, sondern viel eher als Ergebnis einer „Outsourcing-Strategie“. Staatliche Maßnahmen, um einen Partisanenkrieg erfolgreich zu beenden, d.h. „die Vertreibung der Zivilbevölkerung aus Operationsgebieten der Guerilla, die Ermordung von Oppositionellen, die Zerschlagung sozialer Geflechte etc.“ (Zelik

staatlicher Konflikte darzustellen.³⁹⁾ Somit ist es unerlässlich darauf hinzuweisen, „dass man gegenüber 'alarmistischen Analysen' angeblich 'neuer Kriege', wie sie in letzter Zeit vorgetragen werden, skeptisch bleiben sollte ... Die Zahl der nicht-zwischenstaatlichen Kriege ist seit der ersten Hälfte der 90er Jahre rückläufig oder stagniert. Auch die Thesen von einer wachsenden 'Brutalisierung' und 'Entzivilisierung' der Auseinandersetzungen und eines generellen Anstiegs der Opferzahlen lassen sich mit dem vorhandenen Zahlenmaterial und detaillierten historischen Analysen nicht glaubhaft machen.“⁴⁰⁾

Die "Neuen Kriege" als moralische und sicherheitspolitische Bankrotterklärung

An dieser Stelle muss deutlich betont werden, dass mit den vorgebrachten Kritikpunkten in keiner Weise die grausame Realität heutiger Kriege verharmlost oder relativiert werden soll – im Gegenteil. Vielmehr geht es darum zu zeigen, wie sich die Vertreter der »Neuen Kriege« mithilfe empirisch schwach belegter Thesen zum Steigbügelhalter für die militärische Durchsetzung europäischer Interessen machen und diese zugleich legitimieren, was gleichzeitig friedens- wie sicherheitspolitisch katastrophale Folgen nach sich zieht.

Selektivität: Die "Neuen Kriege" als Steigbügelhalter europäischer Interessenspolitik

Angesichts der vorliegenden Daten muss man sich fragen, wie zu dem Schluss gekommen werden kann, militärischer »Stabilitätsexport« sei überhaupt praktikabel. Denn um moralisch konsistent zu bleiben, müsste sich unterschiedslos mit den gravierend fehlgeschlagenen Staaten beschäftigt werden, was schlicht unmöglich ist, wie eine Studie des »Defence Science Board«, dem wichtigsten wissenschaftlichen Beratungsgremium des Pentagon, belegt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass für eine nachhaltige Stabilisierung fehlgeschlagener Staaten 20 Soldaten pro 1000 Einwohner für 5-8 Jahre stationiert werden müssen. Auf dieser Grundlage würden für den Kongo z.B. mehr als 1.2 Mio. Soldaten

'neuen Kriege' besteht darin, dass sie die Entstehung eines neuen, unkontrollierten und womöglich unkontrollierbaren Phänomens suggerieren und dieses Phänomen negativ absetzen von den 'eingehegten', nach Regeln ausgetragenen zwischenstaatlichen Kriegen der europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts. Würden sie sich systematisch einem historischen Blickwinkel öffnen und auch nicht-zwischenstaatliche Konflikttypen über längere Zeiträume betrachten, kämen sie auch zu differenzierteren Ergebnissen.“³⁵⁾ Um also überhaupt zu sinnvollen Aussagen gelangen zu können, müssten "alte" und "neue" innerstaatliche Konflikte vergleichend untersucht werden. Allein schon dieser gravierende methodologische Einwand lässt Fragen aufkommen, weshalb die "Neuen Kriege" innerhalb weiter Kreise des politik-wissenschaftlichen Spektrums eine derart hohe Akzeptanz genießen.

Darüber hinaus sind erhebliche Zweifel angebracht, inwieweit der zentrale empirische Befund, es habe ein signifikanter Anstieg innerstaatlicher Gewaltkonflikte stattgefunden, überhaupt zutreffend ist. Einzig das Datenmaterial des »Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung« scheint diese These zu bestätigen. Es beschreibt einen kontinuierlichen Anstieg der Gewaltkonflikte von 1945 (74) bis 2004 (230) bei einer erheblichen Zunahme von inner- und einem leichten Rückgang zwischenstaatlicher Kriege. Demgegenüber betonen aber zahlreiche andere Studien, dass innerstaatliche Kriege seit 1992 entweder eine stark rückläufige Tendenz aufweisen oder zumindest stagnieren. In diesem Kontext hat der 2005 veröffentlichte »Human Security Report« breite Aufmerksamkeit erlangt, der zu dem Ergebnis kommt, es habe einen dramatischen Rückgang innerstaatlicher Konflikte, deren Opfer und Vertriebene gegeben.³⁶⁾ Zumindest die Aussage, es habe eine »drastische« Zunahme innerstaatlicher Konflikte stattgefunden, erscheint also mehr als fraglich: Somit liegt in „*Bezug auf die Behauptung des Phänomens neuer Kriege ... schon in quantitativer Hinsicht eine Fehlperzeption vor.*“³⁷⁾

Ebenso verhält es sich mit der These einer Brutalisierung der Gewalt: „*Bürgerkriege ... haben sich von jeher durch besondere Grausamkeit und Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet ... Von einer 'neuen' Entwicklung kann also hier ebenfalls nicht gesprochen werden.*“³⁸⁾ Weder was sexuelle noch was ethnische Gewalt anbelangt, scheint die jüngere Vergangenheit eine signifikante Ausnahme von der unbestritten grausamen, aber eben nicht neuen Regel inner-

2005: 4) würden hohe politische Kosten produzieren. So würde etwa die kolumbianische Regierung mit internationaler Kritik oder sanktionierenden Maßnahmen zu rechnen haben. Der Paramilitarismus (nicht nur in Kolumbien) ist hier ein möglicher Ausweg. Die Menschenrechtsverletzungen werden nicht von staatlichen Repressionsorganen, etwa der Armee, sondern von eigenständigen Gruppen begangen. Das senkt die politischen Kosten für den Staat, und ermöglicht im kolumbianischen Beispiel zusätzlich, dass der kolumbianische Staat einen drohenden Staatszerfall erklärt, um internationale Unterstützung zu bekommen. So wurde der „Plan Colombia“, der mit Zahlungen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar jährlich das größte US-Militärhilfepaket in der Geschichte Lateinamerikas darstellt, damit begründet, dass der seine Autorität verlierende kolumbianische Staat die Hoheit seiner Justiz- und Polizeiorgane wieder herstellen müsse. Hier wird deutlich, dass die Entstaatlichungsthese nicht eine rein akademische Dimension hat, sondern staatliche Politik sich darüber legitimieren kann.

Daneben hilft die entgrenzte Gewalt der paramilitärischen Gruppen²²⁾ dem kolumbianischen Staat bei der Überwindung des Legitimationsdefizits, das seinen Ursprung in dem „exkludierenden ökonomischen und politischen System im Land und der Rebellion der Bevölkerung gegen den Status Quo“ (Zelik 2005: 7) hat. M.a.W. zwingt der Paramilitarismus die renitente Bevölkerung zur Identifikation mit dem Staat.

Der kolumbianische Paramilitarismus lässt sich nicht, wie bei Münkler, durch die angenommene fehlende Entwicklung der kolumbianischen Bevölkerung erklären. Die entstaatlichten Kriege sind auch ein Ergebnis der „Low-Intensity-Warfare“, der Kriegführung geringer Intensität, entwickelt durch Militärs westlicher Staaten, um die Dekolonisierungsbewegungen effektiver zu bekämpfen. Es sind also Methoden zur Partisanenbekämpfung.

Die Konstruktion der „neuen Kriege“ als Kriegslegitimation

Während Münkler die Bildung von Staatlichkeit zur Voraussetzung der Begrenzung von Kriegen, insbesondere von „neuen Kriegen“, macht, deutet das kolumbianische Beispiel darauf, dass der Staat – nicht nur in Kolumbien – den

Gewaltzustand bewusst herstellt und als staatliche Selbsterhaltungsmaßnahme den Krieg entgrenzt. Somit sind die behaupteten Zusammenhänge zwischen „Entstaatlichung“ und „neuen Kriegen“, und damit auch die politischen Lösungsvorschläge Münklers hinfällig.

Wenn aber „Die Zeit“ schreibt, „seine Thesen machten den Historiker [Münkler, A.d.A.] zum wichtigen Berater von Generälen und Politikern“, ²³⁾ dann ist das zurückzuführen auf drei Punkte. Zum Ersten apologetisiert Münkler das europäische Staatsmodell, die europäischen Kriege und auch die europäischen Militärs, wobei die Trennung zwischen den Schlachtfeldern in Europa und denen in den Kolonien die europäischen Militärs und ihre Taten verharmlost. Zum Zweiten erklärt sich das Interesse von Generälen und Politikern an Münkler wohl dadurch, dass er den Staat legitimiert, und dem Staat die Kompetenz zur Begrenzung und Reglementierung des Krieges zuschreibt. Dies wird verstärkt über die idealisierende Betrachtung der Kriege in Europa und die Betonung der Bestialität in den „neuen Kriegen“. Zum Dritten kommt dazu, dass Münkler Kriegsgründe für die europäischen Staaten produziert, wobei diese Kriegsgründe so diffus sind, dass viele Weltregionen betroffen sein können. Denn nicht-staatliche Gewaltakteure, Raubökonomien und „entgrenzte Gewalt“ gegen die Zivilbevölkerung lassen sich in vielen Weltregionen wiederfinden. Und damit, nach Münkler, auch Gründe für militärische Interventionen von europäischen Staaten.

er es sich eigenmächtig erteilt), dann werden Kriege tatsächlich zu einer Frage der inneren Sicherheit und damit eine polizeiliche Aufgabe: „So wie in einem demokratischen Rechtsstaat hinter jedem Gesetz im Fall der Regelverletzung auch ein Polizist stehen muss, der das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen hat, so bedarf auch eine multilaterale, auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte verpflichtete Weltordnung der Macht, die diese Werte zu schützen bzw. durchzusetzen vermag“ ³¹⁾ Inzwischen hat Kaldor ihre Vorstellungen wie diese westlichen Protektoratstruppen genau auszusehen haben in einer für den EU-Außenbeauftragten Javier Solana verfassten Studie präzisiert. Sie schlägt den Aufbau einer zivil-militärischen Truppe aus 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten (Verwaltern) vor, die künftig unter der operativen Führung des Militärs die Protektorate organisieren soll. ³²⁾

Da hierfür erhebliche Mittel erforderlich sind, ist Münkler primär darüber besorgt, wie diese Gelder locker gemacht werden können. Auch hierfür hat er eine ebenso einfache wie perfide Lösung parat: „Söldner haben – im Unterschied zu den aus der eigenen Wahlbevölkerung stammenden Berufssoldaten und Wehrpflichtigen – keine Möglichkeit, sich bei riskanten und verlustreichen Einsätzen politisches Gehör zu verschaffen.“ Sie seien damit die „effektivste Form der Risikominimierung und Kostensenkung.“ ³³⁾

Inhaltlich fragwürdig – politisch gefährlich:

Zur Kritik der »Neuen Kriege«

Inzwischen sind eine Reihe teils vernichtender Kritiken der »Neuen Kriege« erschienen. Ein erster Einwand besteht darin, dass insbesondere im Lichte ansteigender westlicher Militärinterventionen klassische Staatenkriege keineswegs bedeutungslos geworden sind und zudem das Bild vom »eingehegten« Konfliktaustrag eine stark idealisierte Sichtweise darstellt, die sich nicht mit der Realität deckt. ³⁴⁾

Weder trifft also das Bild vom »zivilisierten Staatskrieg« zu, noch stimmt die Analyseebene, wenn dieser mit "neuen" innerstaatlichen Kriegen verglichen wird, was in etwa so aussagekräftig ist, wie festzustellen, dass sich Äpfel und Birnen unterscheiden: „Der entscheidende Schwachpunkt der Studien über die

litik im internationalen System.“²⁴⁾ Damit wird eine hierarchische internationale Ordnung mit den westlichen Demokratien an der Spitze propagiert. „Es ist unerlässlich, am Beginn des 21. Jahrhunderts eine kontroverse, möglicherweise unbequeme Realität zu akzeptieren: Das Konzept der staatlichen Gleichheit - dass alle Staaten über dieselben juristischen Rechte, Souveränitätsprivilegien und mit derselben Unverletzbarkeit ihrer territorialen Integrität ausgestattet sind - wird nicht universell akzeptiert. Während es einstmals politisch schwierig war auch nur die Vorstellung von Treuhandschaften für Regionen, die sich staatlicher Verantwortung entziehen, zu äußern, könnte dies heute unvermeidbar sein.“²⁵⁾ Die »Neuen Kriege« sind für diesen Gesinnungswandel maßgeblich verantwortlich: Eine Weltordnung, basierend „auf der Grundlage der Gleichheit aller Staaten erweist sich als eine Fehlkonstruktion,“ so die inzwischen weit verbreitete Ansicht.²⁶⁾ Konsequenterweise bezeichnet Münkler denn auch „die Normen des Völkerrechts“, insbesondere also das Angriffsverbot, als „Auslaufmodell“.²⁷⁾

Die Kolonialtruppen des EU-Imperiums

Es geht also darum, militärisch „in der Fläche Ordnung zu schaffen.“²⁸⁾ Somit kommt der »Stabilisierung« (Kontrolle) inzwischen eine ebenso große Bedeutung zu, wie dem eigentlichen militärischen Sieg, wie sich u.a. auch anhand der US-amerikanischen Probleme in Afghanistan und im Irak erweist. Damit der angestrebte Export von Staatlichkeit gelingt, müssen also die Fähigkeiten zur »Stabilisierung«, sprich dauerhaften Besetzung, verbessert werden. Während Münkler hierfür ernsthaft über die Wiedereinführung von Söldnern spekuliert, schlägt Kaldor vor, dass sich die „Streitkräfte dahingehend umorientieren müssen, daß sie zu gemischt militärischen und polizeilichen Einsätzen befähigt werden. Solche Einsätze, bei denen es um die Erzwingung von Normen geht, werden sich nicht ohne den Gebrauch von Gewaltmitteln abspielen.“²⁹⁾ Deshalb müssten diese „kosmopolitischen 'Gesetzhüter' halb als Soldaten, halb als Polizisten agieren.“³⁰⁾

In gewisser Weise ist dies nur konsequent, denn wenn dem Westen das globale Gewaltmonopol zur Durchsetzung universell geltender Normen zufällt (bzw.

Anhang

Fußnoten

¹⁾ Zuerst am 7.4.1999, und dann am 19.4.1999 auf BBC. Auch hier wurden später Zweifel geäußert. Laut Heinz Loquai, dem deutschen Verbindungsoffizier bei der OSZE, der in der Panorama-Sendung von 18.5.2000 zu Wort kommt, war der Hufeisenplan eine Manipulation. Siehe ebenfalls: Loquai (2000).

²⁾ 4.12.2002, zitiert nach de.wikipedia.org/wiki/Peter_Struck.

³⁾ Dies und zahlreiche Interviews führten dazu, dass „Die Zeit“ Münkler als „Ein-Mann-Think-Tank“ bezeichnete. Siehe dazu: Die Zeit, 30.10.2003.

⁴⁾ Aufgrund fehlender empirischer Forschung bei Münkler wird dabei zurückgegriffen auf Teusch / Kahl (2004), wo versucht wird statistische Daten zu finden, die für die Annahme der „neuen Kriege“ relevant wären.

⁵⁾ Münkler verwendet die Begriffe Enstaatlichung und Privatisierung synonym. Ich bevorzuge den ersten Begriff, weil er den Bezug auf die „failed states“-Theorie und das staatliche Gewaltmonopol und Münklers Forderung nach der Herstellung von Staatlichkeit stärker verdeutlicht.

⁶⁾ Diese These als eine verkürzte Darstellung der Modernisierungstheorie der 50er übersieht die Debatten in der Internationalen Politik der letzten Jahrzehnte. Man muß kein Anhänger der Dependenz-Theorie sein, um zu registrieren, dass das Scheitern der „nachholenden Entwicklung“, also die Vorstellung dass die Länder der „Dritten Welt“ den Wohlstand der Ersten Welt erreichen könnten, auch externe Gründe hat. Siehe dazu auch: Thiel, Reinold E. (Hg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, Bonn, 2001.

⁷⁾ Bei seinem Beispiel des Unabhängigkeitskrieges der USA fällt die französische Unterstützung der USA genauso unter den Tisch, wie die damals schon vorhandenen „weltwirtschaftlichen Austauschsysteme“, die Münkler erst Ende des 20. Jh. sieht. Die nordamerikanischen Kolonien waren Teil des „Dreieckshandels“ zwischen Afrika, Nordamerika und England. Siehe dazu auch: Wallerstein (2004). Münkler übersieht, dass die Globalisierung nicht erst seit den 70er oder 90er Jahren des 20. Jh. stattfindet: Laut der OECD-Studie „The World Economy - A Millennial Perspective“ von 2001 wurden 1913 8,7 % der weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen exportiert. Diese Exportrate wurde erst in den 90er Jahren wieder erreicht.

⁸⁾ Curd v. Francois, gest. 1931, war „Afrikaforscher“ und Offizier der deutschen Kolonialtruppen in „Deutsch-Südwestafrika“.

⁹⁾ Zur Problematik einer solchen Parallelisierung von alliierten Bombenangriffen und der Shoah siehe Kapitel 3.

¹⁰⁾ Darüber, in wie weit überhaupt von einer Neutralität der Medien im (nach Münkler symmetrischen) Ersten Weltkrieg gesprochen werden kann, gibt die Dokumentation „Der Krieg der Medien“ (2004) einen Überblick. Zur Rolle der Medien in weiteren Kriegen siehe auch: „Konflikt und

Kommunikation“ von Stefan Hartwig (1999).

¹¹⁾ Gemeint sind die EU-Staaten und die USA, siehe Münkler 2002: 240.

¹²⁾ Siehe amnesty journal Juni 2004.

¹³⁾ „Die Notwendigkeit, neue [...] Kriege im Ansatz zu ersticken hat ständig zugenommen, während die Möglichkeit dazu eher zurückgegangen ist“ (Münkler 2002: 232).

¹⁴⁾ Münkler spricht bereits auf S.7 davon, dass der „klassische Staatenkrieg [...] zu einem historischen Auslaufmodell geworden“ sei. Er sieht auch eine „wachsende Anzahl [...] neue[r] innergesellschaftliche[r] Kriege“ (S. 232), und verkündet das „Ende der symmetrischen Kriege“, denn sie seien „durch asymmetrische Kriege abgelöst“ (S. 240).

¹⁵⁾ Diese empirischen Angaben basieren auf Teusch / Kahl (2004).

¹⁶⁾ So etwa wenn Münkler davon spricht, dass bei den zwischenstaatlichen Kriegen in Europa seit dem 18. Jh. Vergewaltigungen „Kriegsverbrechen“ und „Einzelfälle“ waren und „streng geahndet wurden“ (Münkler 2002: 143).

¹⁷⁾ „Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück, oder lasse auf sie schießen“, Lothar von Trotha (1904), zitiert nach: Lutz van Dijk (2004), S. 104-105.

¹⁸⁾ Die folgende Darstellung der empirischen Methode basiert auf Lehner / Widmaier (2002):

Es müssen zuerst die Begriffe und Annahmen in empirisch überprüfbare Konzepte operationalisiert werden. Dann müssen Fallbeispiele systematisch ausgewählt werden, nach Kriterien der Varianz bei den untersuchten Variablen und Konstanz bei den nicht-untersuchten Variablen. Es müssen viele Fallbeispiele und wenige Variablen, die untersucht werden, vorliegen. Und schließlich kann dann untersucht werden, ob eine Übereinstimmung zwischen der anfänglichen Hypothese (der Annahme) und den empirischen Daten vorliegt. Von diesen Schritten ist bei Münkler allenfalls die erste Hypothese zu erkennen, allerdings fehlt bereits hier die Operationalisierung.

¹⁹⁾ Siehe dazu ebenfalls: Die Berichterstattung Peter Scholl-Latours aus den 60er Jahren über die Kriege in Afrika (in: „Befreien Sie Afrika“). Bereits damals wurden die afrikanischen Kriessakteure von ihm als blutrünstige Barbaren dargestellt, die im Drogen- und Alkoholausgang sinnlos und willkürlich Menschen foltern und umbringen.

²⁰⁾ Die eurozentristischen und rassistischen Muster Scholl-Latours beschränken sich nicht auf Afrika: Über die Anschläge vom 11.9.2001 schreibt er: "Was so erschreckend ist an diesen geballten Vernichtungsschlägen [...] ist die Kombination von religiösem Fanatismus [...] mit einer logistischen Infrastruktur, die man Orientalen normalerweise nicht zutraut", aus: Bild (12.9.2001), zitiert nach DISS-Journal 9/2001.

²¹⁾ Die Zeit 28.11.2002.

²²⁾ Unter www.raulzelik.net/textarchiv/kolum-index.htm finden sich zahlreiche Berichte über die Gewalt der paramilitärischen Gruppen in Kolumbien. Ich verzichte hier auf die Wiedergabe der Gewaltdarstellungen.

²³⁾ Die Zeit, 30.10.2003.

Logische Konsequenz einer verqueren Theorie:

Europas Imperium

„Was wäre schlecht an einem neuen Imperium?“, so die rhetorische Frage des Chefkolumnisten der Welt am Sonntag, der die moralisch-sicherheitspolitisch legitimierte Ausweitung der europäischen Einflusszone sogar zu einem »Modernisierungsprojekt« hochstilisiert: „Wenn aber Europa seine imperiale Bestimmung realisiert, so ist eben diese Ausdehnung einerseits schlicht und einfach notwendige Bedingung seiner Sicherheit, andererseits ein zivilisatorischer Auftrag, der Europas müde Eliten neu beleben könnte.“ ²⁰⁾

Integraler Bestandteil eines solchen imperialen Projekts ist es, Staaten solange unter westliche Schirmherrschaft zu stellen, bis sie wie gewünscht funktionieren: „Im Falle der ‘Failed States’ kann die Einrichtung von ‘liberalen Protektorat’ erforderlich sein, um treuhänderisch das Gewaltmonopol herzustellen.“ ²¹⁾ Mary Kaldor schlägt in dieselbe Kerbe: „Wo noch keine legitimen örtlichen Behörden existieren, können treuhänderisch Mandate oder Protektorate in Erwägung gezogen werden.“ ²²⁾ Letztlich bringt das Ganze wiederum Münkler präzise auf den Punkt: „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.“ ²³⁾

Zusammengenommen führt dies zu einer »kopernikanischen Wende« der internationalen Sicherheitspolitik, indem das völkerrechtliche Angriffsverbot endgültig ad acta gelegt wird. Über die Frage von Krieg oder Frieden soll künftig ausschließlich in den Hauptstädten der westlichen Demokratien entschieden werden, die sich hiermit das globale Gewaltmonopol aneignen: „Wird die Selbstkonstruktion von Demokratien als das friedenspolitisch überlegene politische System handlungsbestimmend, dann führt dies zu einer Aufkündigung des so genannten Westfälischen Staatensystems, das sich dadurch auszeichnete, dass Staaten unabhängig von ihrer inneren Verfasstheit als gleichberechtigte Subjekte der internationalen Politik angesehen werden ... Was hier ... umgesetzt wird, ist der Übergang von einer auf der formalen Gleichheit der Staaten aufbauenden Sicherheits- zu einer demokratisch begründeten Ordnungspo-

für „eine neuartige, postnationale Politik des militärischen Humanismus, des Einsatzes transnationaler Militärmacht mit dem Ziel, der Beachtung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg Geltung zu verschaffen.“¹⁵⁾

Diese moralisch verbrämte Legitimation westlicher Kriegspolitik wird von Münkler durch sicherheitspolitische Erwägungen ergänzt und weiter verstärkt.

Krieg als sicherheitspolitischer Imperativ

Da von den »Neuen Kriegen« eine „hohe Infektionsgefahr“ (Martin van Creveld) ausgehe, werden diese auch zu einem sicherheitspolitischen Problem. Dabei werden Spenglersche Untergangphantasien bemüht, um eine direkte Bedrohung des Westens zu untermauern. Für Münkler ist „das Konglomerat aus Raubzügen und Plünderungen, Massakern und Gewaltexzessen ... ein Menetekel dessen, was Europäer und Amerikaner ereilen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen.“¹⁶⁾

Dies gelte besonders „für den internationalen Terrorismus, dessen Ausbildungslager und Rückzugsgebiete vorzugsweise dort liegen, wo im Verlauf eines innergesellschaftlichen Krieges die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. (Weshalb) es in einer globalisierten Welt keine Region mehr gibt, in denen die staatlichen Strukturen zusammenbrechen können, ohne dass dies schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung hätte.“¹⁷⁾ Hieraus leitet sich eine sicherheitspolitische Notwendigkeit zum militärischen Stabilitätsexport ab, der Westen müsse bereit sein, „sich auf bewaffnete Pazifizierungen ganzer Regionen einzulassen.“¹⁸⁾

Selbstredend lägen dem keinerlei ausbeuterische Motive zugrunde, da „es sich – anders als die Theorien des Neokolonialismus und Imperialismus unterstellen – zumeist um defensive, nicht offensive Interessen handelt.“¹⁹⁾

Wurde diese moralisch-sicherheitspolitische Kriegslegitimation, die nicht nur den politikwissenschaftlichen Mainstream, sondern auch die europäischen Strategiepapiere dominiert, erst einmal unhinterfragt übernommen, so ist der (Rück) Schritt zum Kolonialismus nicht mehr weit. Und auch diesen Weg gehen Vertreter der »Neuen Kriege« konsequent zu Ende.

Literatur:

1. Bickel, Markus: Die KFOR fördert die Zwangsprostitution im Kosovo, in: amnesty journal Juni 2004
2. Bürger, Iris (2002): Apocalypse Now?, in: *DISS-Journal 9/2001*, Duisburg, S.11-13
3. Dijk, Lutz v. (2004): *Die Geschichte Afrikas*, Frankfurt, S. 104-105
4. Francois, Curd v.(1900): *Kriegsführung in Süd-Afrika*, Berlin
5. Hartwig, Stefan (1999): *Konflikt und Kommunikation - Berichterstattung, Medienarbeit und Propaganda in internationalen Konflikten vom Krimkrieg bis zum Kosovo*, Münster
6. Herrmann, Ulrike: Der Steinzeitjournalist, in: *taz* (19.2.2002)
7. Lau, Jörg: Der Ein-Mann-Think-Tank, in: *Die Zeit* (30.10.2003)
8. Lehner, Franz / Widmaier, Ulrich (2002): *Vergleichende Regierungslehre*, Opladen, S.73-75
9. Loquai, Heinz (2000): *Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg*, Baden-Baden
10. Maddison, Angus (2001): *The World Economy - A Millennial Perspective*, Biggleswade
11. Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Reinbek
12. Scholl-Latour, Peter(2001): *Afrikanische Totenklage*, München
13. Teusch, Ulrich / Kahl, Martin (2004): Was ist neu an den "neuen Kriegen"?, in: *Leviathan* 3/2004, S. 382-401
14. Teusch, Ulrich (2005): *Brutal, unbegrenzt und unkontrollierbar - Wie sind die „neuen“ Kriege wirklich?* Unveröffentlichtes Manuskript zur Sendung von 20.2.2005 (SWR2)
15. Ullrich, Volker: Weltuntergang kann nicht schlimmer sein, in: *Die Zeit* (28.11.2002)
16. Wallerstein, Immanuel (2004): *Das moderne Weltsystem (Band 3) - Die große Expansion*, Wien
17. Zelik, Raul (2005): *Staat und Gewaltzustand - Der kolumbianische Paramilitarismus vor dem Hintergrund der Debatte um Neue Kriege und Failed States*. Veröffentlicht in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (4/2005), hier zitiert nach <http://www.raulzelik.net/textarchiv/feuilleton/staatszerfall.rtf>, zugegriffen am 5.10.2005
18. *Befreien Sie Afrika*. Filmcollage, Produzent: Martin Baer, Erstausstrahlung: ZDF (1.2.1999)
19. *Der Krieg der Medien - Die Propagandaschlacht im Ersten Weltkrieg*. Dokumentarfilm, Produzentin: Anne Roerkohl, Erstausstrahlung: arte (30.7.2004)
20. *Die Helfer und die Frauen*. Dokumentarfilm, Produzentin: Karin Jurschick, Ausstrahlung: 3sat (29.11.2004)
21. *Es begann mit einer Lüge*. Dokumentarfilm, Produzenten: Jo Angerer und Mathias Werth, Erstausstrahlung: ARD (8.2.2001)

Weiterführende Literatur:

1. Azzellini, Dario / Kanzleiter, Boris (Hrsg.) (2003): *Das Unternehmen Krieg - Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung*, Berlin
2. Wolf, Winfried (2002): *Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung*, Hamburg

Krieg als moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ

Mit den zuvor beschriebenen Kriegsursachen ist der Argumentationsteppich ausgebreitet, der eine moralisch-sicherheitspolitische Notwendigkeit westlicher Pazifizierungskriege nahe legt: Die »Neuen Kriege«, so Herfried Münkler, sind „*reine Staatszerfallskriege, die zerstörte Gesellschaften ohne tragfähige Zukunftsperspektiven erzeugen. Diese Gesellschaften sind ... nicht nur auf den Import von Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe, sondern mindestens ebenso auf den von Staatlichkeit angewiesen.*“¹²⁾ Es bedarf also des Westens, besser noch der Europäischen Union, um die Dritte Welt aus ihren selbstverschuldeten Konflikten zu befreien. Wie erwähnt gibt es hierfür zwei unterschiedliche Begründungen.

Krieg als militärischer Humanismus

Die Welt ist aus Sicht der Propagandisten der »Neuen Kriege« zweigeteilt in eine »Friedenszone der westlichen Demokratien«, geprägt von der Akzeptanz kosmopolitischer, universeller Werte und einen barbarischen Rest (die Dritte Welt), der dringend auf die »aufgeklärte Fremdverwaltung« (Max Boot) des Westens angewiesen sei, um seiner selbstverschuldeten Gewaltexistenz zu entkommen.

Mary Kaldor etwa vertritt die These, dass die ideologisch-politischen Auseinandersetzungen vergangener Zeiten „*durch eine neue politische Frontstellung abgelöst worden sind: die zwischen einer, wie ich es nennen werde, kosmopolitischen, also auf Werten der Einbeziehung, des Universalismus und Multikulturalismus basierenden Politik und einer Politik partikularer Identitäten.*“¹³⁾ Somit ist aus Kaldors Sicht der Westen aus humanitären Gründen gezwungen, den Konflikten in der Dritten Welt ein Ende zu setzen: „*Die Analyse der neuen Kriege legt jedoch nahe, dass nicht Friedenssicherung, sondern die Durchsetzung kosmopolitischer Normen erforderlich ist, also die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.*“¹⁴⁾ Westliche Pazifizierungskriege sind also aus diesem Blickwinkel nicht mehr die Fortsetzung der (Interessens-) Politik mit anderen Mitteln, sondern der selbstlose Ausdruck



Die Ursachen der »Neuen Kriege«

Gewandelte Finanzierungsformen

Eine Hauptursache für das Aufkommen der »Neuen Kriege« wird in den gewandelten Finanzierungsformen gesehen: Dass sich „Krieg wieder lohnt“ sei eine zentrale Motivation für nicht-staatliche Gewaltakteure, denn „ohne Rentabilität der Gewalt keine Privatisierung des Krieges.“ Diese Rentabilität sei vor allem deshalb gegeben, weil der »Neue Krieg« in der Dritten Welt „mit leichten Waffen, billigen Kämpfern und Anschlussmöglichkeiten an die großen Geschäfte der globalisierten Wirtschaft geführt werden kann.“⁸⁾

Ethnisch-kulturell-religiöse Konfliktursachen

Zwar wird neben den gewandelten Finanzierungsformen ein ganzes Bündel von Konfliktursachen präsentiert, fast nirgendwo taucht dabei allerdings eine wie auch immer geartete Verantwortung westlicher Interessenspolitik auf. „Die neuen Kriege werden von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch kulturellen Gegensätzen, sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten.“⁹⁾

Abwesenheit »robuster Staatlichkeit«

Die wichtigste und überragende Ursache für den Ausbruch »Neuer Kriege« erblicken Kaldor wie Münkler in der Erosion staatlicher Autorität: „Die Aushöhlung der Autonomie des Staates, in Extremfällen eine völlige Auflösung, bildet den Kontext, aus dem die neuen Kriege erwachsen.“¹⁰⁾

Diese Gewaltkonflikte entstünden „am Sog einer wirtschaftlichen Globalisierung, die vor allem dort ihre destruktiven Wirkungen entfaltet hat, wo sie nicht auf eine robuste Staatlichkeit traf.“¹¹⁾

Jürgen Wagner-Intellektuelle Brandstifter: »Neue Kriege« als Wegbereiter des Euro-Imperialismus

Seit jeher wird versucht die gewaltsame Durchsetzung ökonomischer und strategischer Interessen als selbstloses, moralisch gebotenes Unterfangen darzustellen. Als besonders effektiv hat sich diesbezüglich in jüngster Zeit die Theorie der »Neuen Kriege« erwiesen, auf deren wohl prominenteste Vertreter, Herfried Münkler und Mary Kaldor, sich in der Folge primär bezogen werden soll.

Interessant ist, dass beide, ausgehend von einer weitgehend deckungsgleichen Analyse, die militärische Stabilisierung und langfristige Besetzung so genannter fehlgeschlagener Staaten befürworten, jedoch mit sehr unterschiedlichen Begründungen. Während Münkler hierfür primär sicherheitspolitische Motive anführt, geben für Kaldor vorwiegend moralisch-humanitäre Argumente den Ausschlag. Demgegenüber soll dieser Artikel darlegen, dass nicht nur die methodologischen und empirischen Grundlagen der Theorie, sondern auch die aus ihnen abgeleiteten Politikempfehlungen, sowohl in ihrer moralischen als auch sicherheitspolitischen Dimension, äußerst fragwürdig sind und sich aus friedenspolitischer Sicht hochgradig kontraproduktiv auswirken.

Befunde

Um die Kernaussagen der »Neuen Kriege« darzustellen, ist eine Systematisierung hilfreich, bei der zunächst die grundsätzlichen Befunde, anschließend deren angebliche Ursachen und daraufhin die hieraus abgeleiteten politischen Forderungen beschrieben werden.

Staatenkrieg als Auslaufmodell

Alle Vertreter der »Neuen Kriege« stimmen darin überein, es habe ein tiefgreifender Formwandel gewaltsamer Konflikte stattgefunden, ein „*neuer Typus organisierter Gewalt*“ sei entstanden ¹⁾, der sich wahlweise in Begriffen wie „*Kriege der dritten Art*“ (Holsti), „*Privatkriege*“ (Hobsbawm), „*postnationalstaatliche Konflikte*“ (Duffield), „*postnationale Kriege*“ (Beck) oder etwa „*neo-hobbessche Kriege*“ (Trotha) niederschlägt. Die 1998 von Mary Kaldor in die Debatte eingeführten »Neuen Kriege« beendeten diese babylonische Sprachverwirrung und setzten sich in der Folge als Bezeichnung für das zu beschreibende Phänomen durch. „*Gemeinsam ist den meisten dieser Studien, dass sie innerstaatliche Kriege thematisieren, deren Grundmerkmale herausstellen und zunächst auf die Unterscheidung zu dem als 'alt' angesehenen Typ des zwischenstaatlichen Krieges zielen. Das Attribut 'neu' soll diese Kriege von den für eine frühere Epoche typischen Kriegsformen abgrenzen.*“ ²⁾ Auf die gravierenden methodologischen Probleme dieser Herangehensweise wird weiter unten noch näher eingegangen.

Dem klassischen zwischenstaatlichen Krieg, der etwa seit dem Ende des 17. Jahrhunderts zur vorherrschenden Form des Konfliktaustrags geworden war, werden verschiedene Merkmale zugesprochen. Betont wird dabei insbesondere die zentrale Rolle der Staaten als „*Monopolisten der Gewalt*“. Krieg war also lange „*ein Geschöpf des zentralisierten, 'rationalisierten', hierarchisch geordneten modernen Flächenstaats.*“ ³⁾ Als besonderes Charakteristikum der klassischen Staatenkriege wird deren »Zivilisierung« durch das Kriegsvölkerrecht und damit die Begrenzung und Eindämmung der Gewalt hervorgehoben. ⁴⁾ Diese Staatenkriege seien nunmehr ein Relikt der Vergangenheit, sie seien, in

den inzwischen häufig zitierten Worten Herfried Münklers, zu einem „*historischen Auslaufmodell geworden.*“ ⁵⁾

Demgegenüber steige aber gleichzeitig die Zahl innerstaatlicher Konflikte rapide an, die sich zudem grundlegend von klassischen Kriegen unterscheiden würden. Insbesondere auf zwei angeblich neue Faktoren wird diesbezüglich aufmerksam gemacht: Die Privatisierung, Kommerzialisierung und damit Entpolitisierung sowie die Brutalisierung des Krieges.

Privatisierung und Entpolitisierung

Heutzutage, so die These, seien die Staaten als Monopolisten des Krieges abgelöst und durch privatwirtschaftlich organisierte Kriegsunternehmer ersetzt worden. Genannt werden hier immer wieder Kriegsherren, Gewaltunternehmer, Rebellen, Guerilleros, Banditen, Milizen, Söldner sowie organisierte Kriminelle. Dabei habe der »Krieg aus Habgier« lange maßgebliche politisch-ideologische Motivationen fast vollständig verdrängt. Es gehe nicht mehr darum, einen Sieg davon zu tragen bzw. Territorium zu erobern, sondern vielmehr sei es nunmehr das Ziel, die Bedingungen für die Realisierung von Profiten – den Krieg – als Erwerbsquelle und Lebensform längstmöglich aufrecht zu erhalten. Dies trage zu einer Verselbstständigung und einer langen Dauer der Kriege bei, indem z.B. Entscheidungsschlachten vermieden würden. ⁶⁾

Die Barbarisierung der Gewalt

Ein weiterer zentraler Befund ist, dass die postulierte Einhegung zwischenstaatlicher Kriege verloren gegangen sei. In den »Neuen Kriegen« wäre die frühere Unterscheidung in Kombattanten und Nicht-Kombattanten aufgehoben, es komme zu steigenden Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung, insbesondere im Kontext ethnischer und sexueller Gewaltexzesse, die teilweise systematisch angewandt würden. Zusammen mit der praktischen Bedeutungslosigkeit des Kriegsvölkerrechts habe somit eine dramatische Barbarisierung der Gewalt stattgefunden. ⁷⁾